

Abrechnung des Vermögens monatlich... Reichsamt im Bereich des Reichs...

Der „Vorwärts“ mit den wichtigsten... „Volk und Welt“... „Krieg und Welt“...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kampfbereitschaft... Reichsamt im Bereich des Reichs... Reichsamt im Bereich des Reichs...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57556 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Volksbr. 65. Diskontogesellschaft, Depostenkonto Einbezahl. 5

Strefemann steht Rede.

Gegen Freitag-Loringhoven. - Für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Breitscheid und Wirth gegen den Bürgerblock.

Die Tribünenbesucher, die geduldig ausharrten, während unten Völkische und Kommunisten in vier getrennten Fährlein aufmarchierten... Herr Strefemann begann mit der Erklärung, daß er den Wunsch des „Vorwärts“ nach einer klaren Ausrufung über den Kurs der deutschen Außenpolitik erfüllen wolle.

Nun aber kommt das Merkwürdige. Der Minister und die beiden Oppositionellen kämpften nicht gegeneinander. Alle drei marschierten in gleichgerichteter Front auf, und diese gemeinsame Front richtete sich gegen die größte Regierungspartei, gegen die Deutschnationalen.

Herr Strefemann begann mit der Erklärung, daß er den Wunsch des „Vorwärts“ nach einer klaren Ausrufung über den Kurs der deutschen Außenpolitik erfüllen wolle. Dieser Ausrufung ließ er ausführliche Darlegungen folgen, die, rein sachlich genommen, als durchaus beruhigend und befriedigend anerkannt werden müssen.

Sachlich handelt es sich um das Verhältnis zu Frankreich. Die Sozialdemokratie hat seit 1870/71 für die deutsch-französische Verständigung gekämpft, und hätte sie die Macht gehabt, sich mit ihren Auffassungen durchzusetzen, so hätte das namenlose Unheil des Weltkriegs niemals Wirklichkeit werden können. Sie hat auch während des Krieges an ihrer Grundanschauung festgehalten, daß nur die deutsch-französische Zusammenarbeit den Frieden Europas sichern kann, und sie hat sich nach dem Kriege beeilt, zerrissene Fäden wieder anzuknüpfen.

Zur Politik der europäischen Friedenssicherung durch deutsch-französische Zusammenarbeit hat sich Herr Strefemann gestern leidenschaftlicher denn je bekannt. Er hat auch sehr richtig hervorgehoben, daß wir Verständigungspolitik treiben, nicht nur um die Räumung zu erreichen, sondern daß wir umgekehrt die Räumung fordern um der Verständigung willen. Das alles hat er so gut gesagt, daß es auch ein Sozialdemokrat nicht besser hätte sagen können.

Die Behauptung Lindeneiners, die Rede Freitag-Loringhovens sei eine „wertvolle Ergänzung“ seiner eigenen Rede gewesen, wies er zurück, er selber nannte die Rede Freitag-Loringhovens eine „parlamentarische Entgleisung“. Die positiven Vorwürfe des nationalen Redners für eine neue Außenpolitik zerplückte er so, daß nichts von ihnen übrig blieb. Mit Recht konnte sich Wirth später humorvoll darüber beklagen, daß er gegen den Redner der größten Regierungspartei nichts mehr sagen könne, da ihm Herr Strefemann, „der Minister der lokalen Opposition“, schon alles weggenommen habe.

Und doch enthält die Rede Strefemanns ein großes Manko, ist sie in einem entscheidenden Punkt auf eine Illusion aufgebaut. Herr Strefemann trieb koalitionspolitisch eine „Politik des als ob“. Als ob Herr v. Freitag-Loringhoven ein nicht ganz ernst zu nehmender Eingänger wäre. Als ob Herr v. Lindeneiner mit seiner eifertig zusammengestoppelten Erklärung die deutsch-nationale Fraktion zu den berühmten „Nichtinternen“ zurückgeführt hätte. Als ob er, Strefemann selbst, mit seiner Politik die gegenwärtige Regierungsmehrheit hinter sich hätte.

Ja, Herr Strefemann erklärte sogar ausdrücklich, daß alle verantwortlichen Stellen der Reichsregierung mit ihm einverstanden seien. Also auch Herr v. Schiele, Reudell und Koch! Die deutsch-nationalen Minister decken eine Außenpolitik, die der deutsch-nationale Fraktionsredner in Grund und Boden verdonnert! Was wird da gespielt? Auch der Witze merkt's. Herr v. Freitag soll mit nationalen Tönen Wähler auf den Beim locken, inzwischen wird hinter den Kulissen alles verleugnet, was vor den Kulissen gepredigt wird.

Herr Strefemann hat klare Erklärungen abgegeben über die Politik, die er für richtig hält und die von der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt wird. Aber das Dunkel im Innern hat er nur teilweise beleuchtet, und das Lügengepinkel der gegenwärtigen Regierungskoalition hat er nicht zerrissen la kaum berührt.

Die Lage der Deutschnationalen wird durch diese Schonung freilich nicht verbessert. Bleiben sie nach den Vorgängen von gestern in der Regierung - und das werden sie natürlich tun - so lagern sie damit selber, was sie wert sind. Niemand kann für sich ein Maß von Achtung verlangen, das größer ist als das Maß seiner Selbstachtung.

Während der Reden Strefemanns, Breitscheids und Wirths saßen die Deutschnationalen da wie Späzen auf der Dachrinne, wenn es donnert. Sie fanden kein Wort der Erwiderung. Einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Außenminister lehnten sie zusammen mit den anderen Parteien - gegen die Antragsteller und die Völkischen - ab. Breitscheid hat recht: der Bürgerblock lebt nicht, er stirbt nur nicht, und das Bild seiner Agonie ist kaum noch zu ertragen. Wie lange noch?

Der Reichstag legte gestern die 2. Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes vor.

Abg. Stoeker (Komm.) meint, die Rede des Abg. v. Freitag-Loringhoven sei den Deutschnationalen sichtlich unangenehm gewesen. Keine Hand habe sich bei ihnen zum Beifall gerührt und der Abg. Schulz-Bromberg habe nach der Rede seines Fraktionsgenossen ostentativ dem Außenminister die Hand gedrückt. Tatsächlich liegen die Deutschnationalen ebenso wie die Sozialdemokraten in unruiger Rede an den Brüsten des Herrn Strefemann (Heiterkeit). Trotz der parlamentarischen Scheinbegeisterung besteht eine Einheitsfront für Strefemanns Politik des neudeutschen Imperialismus. Der Redner geht dann auf die Abrüstungsfrage ein. Hier werde von den Regierungen aller Völkerbundstaaten die übelste Heuchelei getrieben. Der Minister Dr. Strefemann treibe ebenso Abrüstungsabotage wie die Außenpolitiker der übrigen Staaten. Den einzigen ernsthaften Abrüstungsvorschlag habe Rußland gemacht.

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) bezeichnet die deutsche Außenpolitik als eine konsequente Unmohrhaftigkeit dem deutschen Volk gegenüber. Das Volk sei darüber getäuscht worden, daß mit dem Dawespakt die deutsche Souveränität verkauft wurde. Strefemann habe mit seiner Völkerbundspolitik vollständig Bankrott gemacht. Das Auswärtige Amt sei geradezu eine Filiale von Briand.

Abg. v. Graefe (Völk.) sieht in dem Dawespakt die Ursache des jetzt beginnenden Untergangs der deutschen Landwirtschaft und des Verfalls der übrigen Wirtschaftszweige. Bei der jetzigen Rede des Abg. Ullrich sei manchem die Erinnerung gekommen an Bismarcks Mißtrauen gegen die Politik in langen Kleidern, weiblichen und priesterlichen. Die Deutschnationalen sollten endlich erkennen, daß sie mit ihrer Unterstützung der Strefemann-Politik einen falschen Weg gegangen sind. Sie sollten im osterländischen

Interesse die Koalition zerplügen lassen und mit den Völkischen gemeinsam den Kampf für die deutsche Freiheit führen.

Abg. Urbahn (linker Komm.) stimmt dem Redner darin zu, daß die jetzige Außenpolitik auf Täuschung des Volkes beruhe sei. Die offiziellen Kommunisten und die jetzige Sowjetregierung Rußlands seien mitschuldig an der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie.

Reichsaußenminister Dr. Strefemann:

Die Ausführungen des Abg. v. Freitag-Loringhoven über die deutsche Außenpolitik haben dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, dem „Vorwärts“, Veranlassung gegeben, an mich die Frage zu stellen, ob es den Feinden Deutschlands möglich gemacht werden solle, die deutsche Außenpolitik als zweideutig und verlogen hinzustellen. Der „Vorwärts“ erwartet eine Erklärung des deutschen Außenministers über den Kurs der deutschen Außenpolitik. Gestatten Sie mir, weil ich es für notwendig halte, jeden Zweifel über diesen Kurs auszuschließen, auf die Ausführungen des Abg. v. Freitag-Loringhoven, aber auch auf die Ausführungen näher einzugehen, die Abg. v. Lindeneiner-Bildau gestern hier gemacht hat. Abg. v. Lindeneiner hat erklärt, die Ausführungen des Herrn v. Freitag-Loringhoven seien eine wertvolle Ergänzung meiner eigenen Rede gewesen. (Lachen links.) Ich bedauere, daß ich diese Anschauung nicht teilen kann. Ich akzeptiere die Erklärungen des Herrn v. Lindeneiner, die er für die Deutschnationalen abgegeben hat und die in der Anerkennung, in der nicht etwa terminierten Anerkennung des Vertragswertes von Locarno bestanden, und seine Erklärungen in bezug auf die lokale Mitarbeit der Deutschnationalen. Diejenigen Vertreter anderer Fraktionen, die mit dem Herrn Referenten des Ausschusses für den Etat des Auswärtigen Amtes Dr. Hoehsch in Genf zusammen gearbeitet haben, werden davon nicht zweifeln, daß seine Mitarbeit in Genf eine durchaus lokale gewesen ist. Von dem, was Herr v. Freitag-Loringhoven weiter erklärt hat, nehme ich dankend Akt, auch von seiner Erklärung über die Bedeutung der deutschen Denkschrift, die wir zu den Abrüstungsverhandlungen nach Genf gefandt haben. Bis dahin sind zwischen seinen Ausführungen und dem Kurs der deutschen Außenpolitik keine Differenzen.

Der grundlegende Unterschied zu meiner Auffassung liegt in den Schlüsselfäden des Herrn v. Freitag.

Diese Schlüsselfäden gipfeln darin, daß der Redner der deutsch-nationalen Fraktion sich seinerseits persönlich gegen die Fortsetzung der deutsch-französischen Verständigungspolitik wandte mit zwei Begründungen: Einmal, weil sie in eine Sackgasse führe, ein zweites Mal mit der Begründung, daß sie nicht zum Ziele führe. Es wäre mir sehr leicht, Herrn v. Freitag zu schlagen mit den Ausführungen, die kein Parteifreund Wallraf kürzlich über dasselbe Thema gemacht hat. Herr Wallraf, der darauf hinwies, wach ein bedeutungsvolles Moment der Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages gewesen sei. Gestatten Sie mir, meinerseits darauf hinzuweisen, daß bei einem solchen Vertragswert, das zwei Nationen überhaupt zum erstenmal an den Verhandlungstisch führt, ein gutes Ergebnis überhaupt nicht möglich ist, wenn nicht eine gewisse Verständigungs-Atmosphäre vorangegangen wäre. Es ist nicht der Sinn meiner Ausführungen gewesen, daß wir in bezug auf diese anderen Fragen nicht zum Ziele geführt werden könnten, sondern der Sinn ist gewesen, daß wir schneller zum Ziele kommen müssen und daß wir schneller zur Verständigung kommen, wenn man in Frankreich die psychologischen Hemmungen, die im deutschen Volke bestehen, beseitigt haben wird.

Der Abg. v. Freitag hat positiv eine neue Politik vorgeschlagen. Ich wäre ihm dankbar, wenn er den Versuch machen würde, nicht zu kritisieren, sondern einmal neue Wege aufzuzeigen. Denn wer sagt, daß wir nicht zum Ziele kommen, muß neue Wege vorschlagen. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Freitag legt zwei Dinge vor. Er weist einmal darauf hin, wir sollten zusammenarbeiten mit den Mächten, die mit uns in den Rechtsfragen auf demselben Boden stehen. Ist denn das bisher nicht geschehen? Die ganzen Kämpfe der deutschen Außenpolitik bis heute sind ja Versuche, dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen, das Recht zum Träger der Politik gegenüber der Gewalt zu machen. Das haben alle Regierungen getan und sind dankbar für jede Unterstützung gewesen. Unsere ganze Politik kann nur darauf basieren sein, und darin sehe ich keine neue Politik vom Jahre 1928, keine neue Ära. Zweitens empfiehlt Herr v. Freitag die Zusammenarbeit mit den Nicht-Großmächten des Völkerbundes. Ich widerspreche dieser Differenzierung zwischen Nicht-Großmächten und Nicht-Großmächten; es ist nicht so, daß der Völkerbund von der Zahl der Quadratmeter der Staaten abhängt.

Herr v. Freitag hat ferner auf das bedeutsame Ereignis der Unterzeichnung der Protokollkonvention hingewiesen. Wenn ich sagst habe, daß Deutschland vorbehaltlos diese Konvention unterzeichnet hat, so befinden wir uns gerade in der Gesellschaft derjenigen Mächte,

Republikaner heraus zum Protest

gegen die Freilassung Paul Schmellers aus der Haft! Aufmarsch heute 20 Uhr auf dem Gendarmenmarkt.

Treffpunkte der Berliner Ortsvereine:

- Mitte. 18 Uhr 30 Gendarmenmarkt. Tiergarten. 19 Uhr Kleiner Tiergarten an der Stromstraße. Wedding. 19 Uhr Uferstraße 12. Prenzlauer Berg. 19 Uhr Bezirksamt Prenzlauer Berg, Danziger Straße. Friedrichshagen. 19 Uhr Küstriner Platz. Kreuzberg. 18 Uhr 45 Fontanepramade. Charlottenburg. 19 Uhr 30 Hausvogteiplatz. Spandau. 19 Uhr 30 Bahnhof Börse. Wilmersdorf. 19 Uhr 30 Hausvogteiplatz. Schöneberg. 19 Uhr 30 Hausvogteiplatz. Steglitz. 19 Uhr 30 Hausvogteiplatz. Tempelhof. 18 Uhr 45 Ringbahnhof Tempelhof. Neukölln. 18 Uhr 30 Reuter- Ecke Kaiser-Friedrich-Straße. Treptow. 19 Uhr 15 Ball- Ecke Infeststraße. Adlonid. 19 Uhr 15 Ball- Ecke Infeststraße. Lichtenberg. 18 Uhr 30 Frankfurter Allee 263. Welkenre. 18 Uhr 30 „Grüner Baum“, Berliner Allee. Bankow. 18 Uhr 30 Schönhauser Allee Ecke Bornholmer Str. Reinholdsdorf. 19 Uhr Steintiner Bahnhof.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Gau Berlin-Brandenburg

Die Herr v. Freytagh-Loringhooen nennt. Der Beifall, den wir dabei in Genf gehabt hatten, kam von den Nicht-Großmächtigen.

Wie kann es also eine neue Politik sein, daß wir mit den Nicht-Großmächtigen — darin liegt zugleich: Gegen die Großmächtigen — zusammengehen, als wäre das eine Änderung der bisherigen Politik!

Das ist keine neue Politik, unsere Politik war bisher beschränkt auf dem Standpunkt gegenseitiger friedlicher Verständigung. Deutschland wird und muß diesen Weg gehen. Ich habe den Gedanken ausgesprochen, daß unser Verhältnis zu Locarno und besonders zu Frankreich sich in der Stagnation befindet. Trotzdem ist manches, was man in Locarno versprochen, erfüllt worden, wie z. B. die Befreiung der Luftfahrt. Das sind gewiß Leistungen; aber der Fortschritt geht eben nur schrittweise. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist weiter seitens der Locarno-Mächte auch die Forderung nach Verminderung der Besatzungstruppen erfüllt worden. Alles das aber kann diejenigen nicht befriedigen, die im Werke von Locarno nicht nur das eigentliche Vertragswerk sehen, sondern darüber hinaus die Möglichkeit eines Zusammenwirkens der Nationen, die dort am selben Tisch zusammengesessen haben.

Und hier liegt auch der grundsätzliche Unterschied zwischen Herrn v. Freytagh-Loringhooen und mir, nämlich, daß er die deutsch-französische Verständigung nicht für möglich hält, während ich die Rheinlandräumung immer und immer gefordert habe, um dadurch auch die Möglichkeit einer wirklichen Verständigung und eines guten Zusammenarbeitens von Volk zu Volk zu schaffen. (Lebhafte Beifall.)

Unzweifelbar sind die Locarno-Verträge auch gegenüber den Zweifeln durchaus ein beachtliches Wert, wenn sie die Verhältnisse der Welt sich ansehen. Wir wollen nicht, wie das soeben wieder von den Kommunisten behauptet worden ist, einen deutschen Imperialismus großziehen. (Alte, alte Rufe bei den Kommunisten.) Ein Vertrag, der das Rheinland sichert, ist etwas, was Deutschland mit einem Stolzzeichen versehen sollte. Es gibt kein Volk, das so wenig Interesse an kriegerischen Verwicklungen hätte und das in einem etwaigen Kriege so seine ganze Existenz aufs Spiel setzen würde, wie das deutsche. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber die Locarno-Verträge verstoßen über die Selbsthaltung der Nationen hinaus — und hier bedaure ich die Auslassungen der französischen öffentlichen Meinung — den Zweck, die Bahn freizumachen für ein Zusammenarbeiten aller beteiligten Nationen. Das habe ich gemeint, als ich sagte, es sei nicht das Ende, sondern der Anfang einer Entwicklung vorhanden für ein gemeinsames Vorgehen gegen Friedensbrecher. Darüber hinaus sollte auch der Zusammenhalt zu gemeinsamen wirtschaftlichen Vorgehen gefunden werden.

Gerade weil ich wünsche, daß der Begriff dieses Zusammenhalts Gemeingut des ganzen deutschen Volkes wird, halte ich mich, der ich für diese Politik immer gekämpft habe, auch für berechtigt,

an die französische Nation die Mahnung zu richten: Nun tut auch das eure, damit diese Politik Gemeingut des deutschen Volkes werden kann! (Beifall.)

Besüglich der Rheinlandräumung, die nach unserer Meinung die Totalisierung der Verständigungsides bedeutet, ist es einigermassen charakteristisch, daß die Argumente, die demgegenüber aus den Debatten in Paris erlautet sind, sich trauen, und sich gegenseitig im einzelnen aufheben. Die Belegung des Rheinlandes verliert von Tag zu Tag an Bedeutung. Unsere Einstellung in dieser Frage ist eine realpolitische, und davon ausgehend, wollen wir nicht warten, bis ein weiterer Abbau erfolgt, und wir sprechen von der Räumung, weil wir es bedauern würden, wenn der große Moment einer wirklichen Verständigung nicht von dieser französischen Generation ausgenutzt würde als ein höheres Objekt.

Was wir wollen, was wir wünschen, ist, daß nicht dieser eiserne Vorhang zwischen Frankreich und Deutschland bestehen bleibt, sondern daß er geöffnet werde für eine lebendige Handlung der Völker, auf deren Grundhaftigkeit auch eine lebendige Politik der Völker verantwortlich geführt werden kann.

Wenn wir das gefordert haben, so ist diese Politik die gerade linige Fortsetzung der bisherigen deutschen Außenpolitik. Ich sage hinzu: Es ist die Politik aller verantwortlichen Stellen innerhalb der Reichsregierung. Diese Politik hat darüber hinaus die Unterstützung des weitaus größten Teils des deutschen Volkes gefunden. Wenn nun die Rede des Herrn v. Freytagh-Loringhooen im „Vorwärts“ so stark angegriffen wird, so darf ich doch den „Vorwärts“ bitten, zum Vergleich die Rede des verehrten Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion zu lesen, die dieser beim Hauptplatz gehalten hat und worin er, als ihm Vorwürfe gemacht wurden über die Rede eines sozialistischen Kammermitgliedes in Frankreich, zum Vergleich dafür, daß ein einzelnes Mitglied nicht die Fraktion festlegen könne, auf das Beispiel des Herrn v. Freytagh-Loringhooen hingewiesen hat. (Heiterkeit u. d. Mehrheit.)

Herr v. Lindener hat sich ja denn auch für die deutsch-nationale Fraktion durchaus auf dem Boden der Richtlinien gestellt. Und wenn Sie bedenken, mit welcher Schärfe Herr v. Lindener uns hier bedauern mußte, dann können Sie doch wohl zufrieden sein. (erneute Heiterkeit.)

Aber lassen Sie uns an dem Einen nicht vorbeigehen, das liegt, so glaube ich, im Interesse unserer gemeinsamen Außenpolitik: Jeder irrt sich, der bestreitet wird, daß der Gedanke der Verständigungspolitik in Deutschland in den letzten Jahren ganz enorme Fortschritte gemacht hat. Wir haben ein ganz großes, entscheidendes außenpolitisches Interesse daran, dieses wachsende Verständnis des deutschen Volkes für die Verständigungspolitik nicht in Zweifel zu ziehen durch parlamentarische Entgeisungen wie die des Herrn v. Freytagh (siehe, hört, hört! links und in d. Mitte), und daß diesem wachsenden Verständnis auch ein wachsendes Verständnis für die französische Öffentlichkeit gegenübersteht und ferner, daß wir in der Fortsetzung der Verständigungspolitik auch übereinstimmen mit den verantwortlichen Staatsmännern der Gegenseite. Niemand dient dem Frieden mehr, als wer die hemmliche Befähigt, die auf beiden Seiten der Grenze einer wirklichen Verständigung noch entgegensteht. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

Führt aus, die Rede des französischen Senators Coard müsse die Sozialdemokratie zum mindesten für unverständlich halten. Die Sozialdemokratie fordere die Räumung des Rheinlandes als Voraussetzung für eine friedliche Verständigung. Wer so argumentiere, wie Senator Coard, der zwinge zu der Schlussfolgerung, daß die Position Frankreichs nach der Räumung selber für sehr schwach hält. So weit diese antipazifistischen Strömungen vorhanden seien, müsse die Sozialdemokratie erklären, daß sie sie als gefährlich für die Sicherheit Frankreichs halte. Es gehe aber nicht an, daß amtliche oder halbamtliche Stellen außerhalb des Auswärtigen Amtes sich den Anschein geben oder den Anschein erwecken, eine selbständige auswärtige Politik zu treiben. Die von der Regierung unterführte „Marinerundschau“ veröffentlichte vor einiger Zeit ein Breisau-Schreiben über die Frage, wie man auch mit schwachen Mitteln die englische, die französische und die russische Flotte wirtschaftlich schädigen könne. Bald darauf folgte ein Artikel mit der Überschrift: „Der Marineoffizier als Diplomat“ (Große Heiterkeit). So etwas müsse den Anschein erwecken, als ob hier die praktische Lösung gewisser militärtechnischer Fragen für praktische Zwecke gewünscht werde. Danach sei ernstlich zu warnen.

Gefrierfleisch ist notwendig!

Gewerkschaften aller Richtungen gegen Schieles Drofflungspläne.

Die Gewerkschaften aller Richtungen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, A.G. Bund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Gewerkschaftsring, Deutscher Gewerkschaftsbund) haben am 31. Januar in einem gemeinsamen Schreiben an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Beibehaltung des bisherigen Systems der Gefrierfleischversorgung, also des zollfreien Kontingentes, gefordert. Diese Forderung wird damit begründet, daß die Enquete-Kommission eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen hat, um die aufgedeckten Mängel zu beseitigen, daß der Gefrierfleischbetriebe des Ministeriums sich auf den Boden dieser Vorschläge gestellt hat und daß ferner in Bälde der endgültige Zolltarif aufzustellen ist, bei dessen Beratung die Gefrierfleischfrage zweifellos erneut zur Debatte kommen werde. Gleichzeitig wird die Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern zum Gefrierfleisch-ausschuß des Ministeriums angeregt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

An den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Berlin.

Durch eine Sonderveröffentlichung des Enqueteauschusses (Unterausschuß für Landwirtschaft) waren erhebliche Mängel in der Gefrierfleischversorgung festgestellt worden. Der Ausschuss hat jedoch nicht die Aufhebung des bisherigen Einfuhrsystems vorgeschlagen, sondern unter Beibehaltung des zollfreien Gefrierfleischkontingents eine Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet, um die festgestellten Mängel zu beseitigen. Der Ausschuss für Gefrierfleisch bei dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich

gleichfalls mit diesen Fragen beschäftigt und Maßnahmen gutgeheißen, die sich mit den Vorschlägen des eben erwähnten Unterausschusses decken. Unter diesen Umständen erscheint es den unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen überflüssig und im Interesse der minderbemittelten Volksschichten zurzeit sogar schädlich, das bisherige — und nimmere verbesserte — System durch einen allgemeinen Gefrierfleisch-zoll zu ersetzen. Von einer Systemänderung darf im Augenblick um so eher abgesehen werden, als einerseits die Untersuchungen des Enqueteauschusses noch nicht beendet sind, andererseits in absehbarer Zeit der neue Zolltarif aufzustellen ist und bei dieser Gelegenheit zweifellos die Gefrierfleischfrage erneut zur Verhandlung stehen wird.

Behauersweise sind die gewerkschaftlichen Spitzenverbände im Gefrierfleisch-ausschuß des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nicht vertreten, abgesehen von denjenigen Schichten repräsentieren, für die die Erleichterungen im Gefrierfleisch-besitz gebacht worden waren. Wir halten es für dringend erforderlich, daß dieser Fehler alsbald behoben wird, und bitten Sie, Herr Minister, zu den Sitzungen dieses Beirats und zu allen Beratungen über diese Fragen künftig auch die unterzeichneten Organisationen einzuladen.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, gez.: Leipzig.
- Allgemeiner freier Angestelltenbund, gez.: Städt.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, gez.: Jaltendorf.
- Deutscher Gewerkschaftsbund, gez.: Bernh. Otte.
- Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, gez.: Neustadt.

Englands Spieler-Diplomat.

George — der Mann des Sinowjew-Briefes.

London, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Der Ministerialdirektor des Auswärtigen Amtes, George, steht im Verdacht, seine amtliche Stellung in Valais-Gleberaffären mißbraucht zu haben. Ein Untersuchungsausschuß soll die im Verlauf des Valais-Gleberprozesses gegen George und verschiedene andere hohe Beamte erhobenen Beschuldigungen präzisieren. George hat im Jahre 1924 dem damaligen Ministerpräsidenten Macdonald gegenüber die Verantwortung für die Echtheit des berühmten Sinowjew-Briefes übernommen und in Abwesenheit Macdonalds die scharfe Note an Rußland unterschrieben.

Vier Wochen nach der Affäre.

Anträge der Kleinen Entente in Genf. — Rumänens obgeschwächte Note.

Genf, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Die Vertreter der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumänens haben dem Generalsekretär des Völkerbundes am Mittwoch nachmittag je eine Note und je ein Memorandum über die ungarische

Waffenschlebungaffäre übergeben. Gleichlautend fordern die drei Mächte unter Berufung auf den Friedensvertrag von Trianon die Verhandlung der Angelegenheit in der am 5. März beginnenden Ratstagung. Die rumänische Note stellt den Fall jedoch als leicht dar und behauptet, er hätte zu seinen früheren Zwischenfällen geführt.

Die drei Memoranden enthalten jedoch gleichlautende Darstellungen über die Entdeckung der Waffenschleberei.

Die Noten und Memoranden werden vom Sekretariat den Ratmächten und der permanenten Militärkommission übermittelt. Ungarn wird von den eingelaufenen Anfragen ebenfalls benachrichtigt und wahrscheinlich aufgefordert, sich im Rat selbst zu verteidigen.

Ende der Wiener Militärkontrolle.

Wien, 1. Februar.

Verhandlungsgemäß hat gestern die internationalisierte Militärkommission, die bisher die Kontrolltätigkeit in Oesterreich ausübte, ihre Tätigkeit eingestellt.

Dr. Breitscheid geht dann auf die Resolution der Internationalen Sozialistenkonferenz ein. Der jetzt nach Zweiselt äußern könne, wie sie gestern Freyherr v. Rheinbaben vorgebracht habe, dem sagen wir, daß er entweder an Mangel an Intelligenz oder an Sozialität leidet. (Aha, Freyherr v. Rheinbaben (Hör.) widerspricht dem lebhaft.) Herr v. Lindener ist hier als Sühnepfand für das Zentrum aufgetreten (Zuruf bei den Dnat.: Haben Sie was davon gemerkt?). Sie (zu den Dnat.) stellen also fest, daß Herr v. Lindener genau dasselbe gesagt habe wie Herr v. Freytagh-Loringhooen; das ist uns sehr wertvoll.

Herr v. Lindener konnte erklären, was er wollte: Die Worte des Herrn v. Freytagh-Loringhooen konnten nur bedeuten, daß die stärkste Regierungspartei die Zustimmung zu Locarno und Thoiry nur als eine Sache der Opportunität betrachte.

Das aber muß den Glauben an die Vertragstreue Deutschlands außerordentlich erschüttern. Wenn Herr v. Freytagh nach den Erfolgen des Außenministers Dr. Stresemann fragte, der seine Politik mit der Linken getrieben habe, so läuft das doch auf eine schwere Schädigung unserer Außenpolitik hinaus. Die Rechtserklärung des Herrn v. Lindener ändert daran nichts. Im Übrigen hat Herr v. Freytagh sehr annehmbare Ausführungen über Locarno und Thoiry gemacht, die auch die Sozialdemokratie unterstützen könnte. Seine vor zwei Jahren gegebene Broschüre: „Von Genf bis Thoiry“ könnte er also vielleicht einstampfen lassen und sie durch eine andere ersetzen mit dem Titel: „Von Jerusalem bis Damaskus“ (Heiterkeit). Der Redner schließt mit der Erklärung, von der gegenwärtigen Koalition könne man nicht sagen, sie lebt. Sie lebt nicht, aber sie stirbt nur nicht. Die Verlängerung dieses Zustandes kann vom deutschen Volke nur sehr schwer ertragen werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. Wirth (Zentr.)

Der die heutigen Ereignisse hier verfolgt hat, wird zu einem pessimistischen Urteil kommen. Rednerhand und Unterhand ist eine gewisse Veräusung eingetreten. Herr Minister Stresemann, wir begrüßen Sie als den Minister der sozialen Opposition. (Große Heiterkeit.) In diesen Debatten kommt zum Ausdruck, daß wie uns schon in dem Aufmarsch zu den Wahlen befanden. Aber so geht es jetzt auch in den anderen Ländern. Gerade diejenigen, die an der Tradition der Berggenossenschaft festhalten, müssen es uns gestatten, die wir in der Opposition zur Regierung stehen (große Heiterkeit), daß wir den Eindruck einer gewissen Doppeltungeltät empfunden haben. Wir haben es an der Klarheit der Ausführlungen des Herrn v. Freytagh waren nur Wiederholungen seiner bekannten Artikel im „Tag“. Er lebt ja in diesen Gedanken. (Zuruf links: Das tun die Deutschnationalen alle, alle!) Tag für Tag ist durch diese Artikel den reaktionären Kreisen Frankreichs Gelegenheit gegeben, das Material zu sammeln, das sie wünschen. Wenn wir wünschen, daß mit dieser Methode der doppelten Buch-

führung gedrohen wird, so tun wir das, um das parlamentarische System in Deutschland zu einem wahrhaften Instrument der Außenpolitik zu machen, da sonst die Arbeit, die Sie (zu Dr. Stresemann) hier leisten, umsonst geleistet ist. Wir wollen nicht wieder über ein Kapitel der deutschen Geschichte „Bergeben“ schreiben.

Der Außenminister hat die Atmosphäre vorhin richtig gekennzeichnet: Die Welt, auch die härtesten ehemaligen Gegner, ist willens, auf dem Wege der Verhandlungen mit dem deutschen Volk voranzuschreiten. Und dieser Wille, den die Gegenseite voraussetzt und der zu praktischen Ergebnissen geführt hat, erfordert von uns, daß wir diese Atmosphäre mit pfleglicher Hand behandeln. Obwohl wir manches mit gewissen Befürchtungen sehen, halten gerade wir, die wir uns hier in sozialer Opposition befinden, uns von jeder Bestimmung der Gefahren jener Verbitterung fern, die gar nichts anderes bedeutet, als die Zuführung neuer Energien für die reaktionären Kreise Frankreichs. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Paul Boncour, einer der Hauptvertreter Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz, hat kürzlich in einem Interview in bezug auf den Locarnovertrag erklärt: „Man kann doch sagen, daß dem berechtigten Verlangen des französischen Volkes nach Sicherheit Genüge getan ist.“ Wir haben alle Veranlassung, dieses „Genüge getan“ immer wieder zu wiederholen. Allerdings könnte sich das französische Volk vielleicht noch manchmal beunruhigt fühlen durch Äußerungen, wie sie hier noch auftauchen.

Es muß heute einmal gegenüber den Willensäußerungen des Landbundes gesagt werden, daß im Auswärtigen Ausschuss bezüglich der Politik gegenüber Polen von rechts bis links eine einheitliche Auffassung bestanden hat.

Gerade in der engen Verbindung der französischen Sicherheitswünsche mit den Dittagen zeigt sich, daß die französische Politik ganz andere Wege verfolgt, als die Sicherheit allein, nämlich die Stabilisierung des heutigen territorialen Zustandes in Europa. Sie beachtet dabei nicht die Frage, ob nicht dieser Zustand an sich Gefahren für den Frieden birgt. Ist sich Frankreich bewußt, daß es mit dieser Politik intransigent geworden ist als selbst 1919 im Versailler Vertrag? Damals wurde uns die Hoffnung gelassen, daß in der Zukunft auf friedlichem Wege eine Revision der Vertragsbestimmungen eintreten könnte.

Abg. Dr. Schnee (D. Sp.) kritisiert die englische Politik in den ehemals deutschen Kolonien in Afrika. Diese Politik widerspreche den festgelegten Grundrissen des Völkerbundes für die Randvölker.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann erklärt dazu, die deutsche Regierung werde sich gegen eine Belegung der Randvölkergründe wenden.

Damit schließt die Aussprache. Ein kommunistischer Antrag gegen den Außenminister wird gegen die Antragsteller und die Abfälligen abgelehnt. Der Etat wird nach den Vorschlägen des Ausschusses mit den Auswärtigen Ausschüssen angenommen.

Ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf über die Anrufung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag in erster und zweiter Beratung angenommen. Um 18 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 12 Uhr. (Entsprüche gegen die Ausweisung der Kommunisten Flora und Berg und der Etat der besetzten Gebiete.)

Schwarzblauer Notenwechsel.

Westarp beim Schwindeln erlappt. — Ein Riß und ein Topf Leim.

I.

Von deutschnationaler Seite wird mitgeteilt, daß die Deutschnationalen Volkspartei den Vorstoß des Zentrumsabgeordneten Ullig in der Dienstagdebatte des Reichstages zum Etat des Auswärtigen Amtes gegen den deutschnationalen Abg. Freiherrn v. Frentag-Loringhoven als erledigt ansieht, nachdem ihr von führender Stelle des Zentrums mitgeteilt worden ist, daß der vom Abg. Ullig vorgebrachte Angriff den Absichten des Zentrums nicht entspricht habe.

II.

Der Zentrumsabgeordnete v. Guérard hat an den Grafen Westarp ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Ich erlaube Ihnen die von Ihnen herausgegebene Mitteilung. Dieselbe enthält den Satz, daß Ihnen von führender Stelle des Zentrums mitgeteilt worden sei, daß der vom Abg. Ullig vorgebrachte Angriff den Absichten des Zentrums nicht entspricht habe. Diese Mitteilung habe ich in dieser Form Ihnen nicht gemacht und muß ich (1) daher bitten, die Zeitungsnote zurückzuziehen.“

III.

Die deutschnationalen Pressestellen teilen mit: Am Anschluß an die Pressekommentare über die gestrige Rede des Abg. Ullig hat eine Aussprache zwischen den Führern der deutschnationalen und der Zentrumsfraktion stattgefunden. Dabei wurde festgestellt, daß nach dem Willen der Zentrumsfraktion die Ausführungen des Abg. Ullig eine Aufklärung über die Rede des Freiherrn v. Frentag-Loringhoven in ihrem Verhältnis zu den Richtlinien und der Erklärung der Reichsregierung vom 3. Februar 1927 bezwecken. Angriffe gegen die Deutschnationalen Volkspartei dagegen nicht beabsichtigt waren.

IV.

Die „Germania“ schreibt: Wie wir erfahren, trifft die Mitteilung, daß der vom Abg. Ullig vorgebrachte Angriff den Absichten des Zentrums nicht entspricht habe, in keiner Weise zu. Die Zentrumsfraktion des Reichstages war vielmehr über die vom Abg. Ullig vorgebrachte Behauptung vorher unterrichtet und hat sie durchaus gebilligt.

Feindliche Brüder.

Dem Reichstag bietet sich das einzigartige Schauspiel, daß ein Abgeordneter die Aufhebung der Immunität eines anderen Abgeordneten fordert. Die Nationalsozialisten und Kommunisten machen sich gegenseitig den Vorwurf, von der Großindustrie mit Geldern gespeist zu werden. In der Berliner „Arbeiterzeitung“ vom 27. Februar 1927 behauptete der Abg. Straffer in bezug auf den Abg. v. Ramin:

„Die in den Worten liegende Unterstellung, als ob die NSDAP aus „großindustriellen Geldern“ gespeist werde, daß ich Sie Herdurd öffentlich als Lügner und Verleumder brandmarke.“

Darob ließ v. Ramin zum Reden und erhob wider Straffer eine Anklage, verlangte vom Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung Straffers, die nach altem Brauch abgelehnt wurde.

Die beiden müssen ja wissen, wer ihr Geldgeber ist.

Gegen die Grubenstilllegung.

Eine sozialdemokratische Große Anfrage.

Der Adlerkongress hat beschlossen, die Zeche Johann Deimelsberg in Steels a. R. stillzulegen, die 1500 Arbeiter beschäftigt und noch auf viele Jahre hinaus ausreichende Kohlenfänge birgt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat in einer Großen Anfrage die Staatsregierung ersucht, diese Stilllegung zu verhindern. Besteht doch die Gefahr, daß nicht nur das große Kohlenlager der Volkswirtschaft verloren geht, sondern daß auch durch das Eindringen von Wasserflüssen die benachbarten Zechen beeinträchtigt werden. Für die Stadt Steels wäre der Schaden um so größer, als die genannte Zeche die letzte ist, die noch in der dortigen Gegend in Betrieb ist.

Mittelstandsstandal in Württemberg.

Deutschnationaler Abgeordneter des Betrugs bezichtigt.

Dem Reichstag ist dieser Tage ein Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart zur Genehmigung eines Strafverfahrens gegen den deutschnationalen Abgeordneten Siller (Württemberg) wegen eines gemeinschaftlich begangenen Vergehens der erschwerenden Untreue überreicht worden. Dieser Antrag ist erwachsen aus einer großen Betrugsaffäre, in deren Mittelpunkt der bisherige deutschnationaler Gemeinderat und Präsident der Stuttgarter Handwerkskammer, Freireichsmeister Wolf, steht. Seit Monaten ist Wolf mit ihm der Handwerkskammerpräsident Dr. Gerhardt in Untersuchungshaft. Ihnen wird zur Last gelegt, große Geldbeträge der Handwerkskammer veruntreut zu haben.

Die Staatsanwaltschaft hat sämtliche Vorstandsmitglieder der Handwerkskammer, zu denen sowohl der württembergische deutschnationaler Landtagsabgeordnete Siller als auch der Reichstagsabgeordnete Siller gehören, in das Strafverfahren einbezogen. Siller wird beschuldigt, für die Errichtung einer schwarzen Kasse, die aus den Kursaufschlägen für die Meisterprüfung im geheimen gespeist wurde, für die geschwindige Abzweigung eines Fonds an den Präsidenten Wolf, der sich liquidieren wurde und schließlich für die Ueberhebung von Tagelöhnen durch die Mitglieder der Handwerkskammer mitverantwortlich zu sein. Siller selbst soll nach einer nicht vollständigen Zusammenstellung mehr als 500 Mark an Diebstahl erhoben haben. Er bestreitet jedoch die Beschuldigungen der Staatsanwaltschaft und ersucht den Reichstag um Aufhebung seiner Immunität, um seine Unschuld beweisen zu können.

Brauns Antwort an Luther.

Die Antwort des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun auf das bereits in der Presse veröffentlichte Schreiben des Reichstagsabgeordneten A. Dr. Luther wird, wie der Amalthea Preussische Pressebericht mitteilt, erst in einigen Tagen zu erwarten sein. Ministerpräsident Dr. Braun ist am Morgen des 28. Januar beim Verlassen seines Hauses infolge des Glanzes gefallen und hat sich Querschnitten sowie einen Wundstich im Knie zugezogen, die ihn für einige Tage zur Bettruhe zwingen.

Lauwetter.



„Keinen Schritt weiter nach rechts, Herr Marx! Das Eis zeigt überall tiefe Risse.“

Türkei für Balkan-Pakt.

Regt bei Bulgarien und Südslowenien ein „Locarno“ an.

Smyrna, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Die Vertreter der Türkei in Sofia und Belgrad haben von ihren Regierungen den Auftrag erhalten, über die Genehmigung Jugoslawiens und Bulgariens für ein Balkan-Locarno Erkundigungen einzuziehen und die Bereitschaft der Türkei als Mittelsmann für die Einberufung einer entsprechenden Konferenz zu erklären. Die zwischen Bulgarien und der Türkei inzwischen über die verschiedensten Differenzen erzielte Verständigung bildet nach der Ansicht der türkischen Staatsmänner sowohl im Geist wie in der Form eine Basis für einen Balkan-Sicherheitspakt und das zuverlässigste Mittel für die Abwehr der von Italien her drohenden Gefahren, denen gegenüber alle Differenzen der Balkanstaaten untereinander belanglos seien.

Belgien baut Festungen.

Der neue Kurs.

Brüssel, 1. Februar.

Die belgische Regierung fordert außerordentliche Kredite in Höhe von 10 Millionen Franken für die Befestigung der Ostgrenzen. Die Befestigungsarbeiten umfassen die Instandsetzung verschiedener Forts, den Bau von Unterständen für Maschinengewehre und den Ausbau der Ueberwachungsanlagen. Die Gesamtausgaben für alle diese Arbeiten werden auf 30 Millionen Franken geschätzt, die auf zwei Jahre verteilt werden sollen. Gleichzeitig fordert die Regierung einen Betrag von weiteren 14 Millionen Franken für die Befestigung der Festungen.

Staatsanwalt Jacoby verhaftet

Wie der Amalthea Preussische Pressedienst meldet, hat der Untersuchungsrichter gemäß dem Antrag der Staatsanwaltschaft gestern in später Abendstunde Gastbeichl gegen den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby erlassen.

Die Verhaftung des Staatsanwaltschaftsrats Jacoby ist erfolgt auf Grund der schweren Befolgungen durch die am Dienstag und Mittwoch vernommenen Zeugen. Am Mittwoch ist auch Rechtsanwalt Willi Mayer von der Deutschen Treuhänder- und Revisionsgesellschaft, sowie eine Reihe anderer Personen gehört worden, die bei Bergmann Einlagen gemacht hatten und die sich dabei auf die günstigen Auskünfte des Staatsanwaltschaftsrats Jacoby gestützt hatten. Weiter fiel gegen den Staatsanwalt die Tatsache sehr schwer ins Gewicht, daß er nicht pflichtgemäß gegen Bergmann vorgegangen ist, als er von außenstehenden Personen erfahren hatte, daß Bergmann Betrügereien verübt hatte. Staatsanwaltschaftsrat Walter Jacoby entstammt einer Königsberger Familie. Sein Vater war Ordinarius der Theologischen Fakultät an der dortigen Universität und Staatsanwalt Jacoby ist vor etwa 10 Jahren nach Berlin gekommen. Er hat hier eine Reihe großer Prozesse bearbeitet. Wie behauptet wird, ist der Verhaftete zunächst durch Krankheit — Jacoby hat einen schweren Autounfall erlitten, an dessen Folgen er monatelang laborierte — in Not geraten und hat sich deshalb 1923 auf Geschäfte mit Bergmann eingelassen.

Bergmann selbst hat er durch dessen Rechtsanwalt A. kennen gelernt, mit dem er selbst sehr eng befreundet war. Nachdem sein eigenes kleines Vermögen in der Inflation verschwunden war, hoffte Staatsanwalt Jacoby durch seine Verbindung mit Bergmann wieder in den Besitz größerer Mittel zu kommen. Es war in Richter- und Anwältskreisen in der letzten Zeit nicht ganz unbekannt geblieben, daß Jacoby sich auf Geschäfte einließ, denen er auf Grund seiner amtlichen Stellung hätte fernbleiben müssen, doch nahm man im allgemeinen nicht an, daß der sonst geschätzte Staatsanwalt sich Pflichtwidrigkeiten würde zu Schulden kommen lassen.

Wie wir weiter erfahren, hat Oberstaatsanwalt Binder noch am Nachmittag eine Konferenz im preussischen Justizministerium gehabt, und bei seinem Vortrag die Verdachtsmomente zusammengefaßt, die gegen Jacoby auf Grund der Vernehmungen durch den Untersuchungsrichter vorliegen. Die Staatsanwaltschaft stellte nach sechsündigem Verhör durch Staatsanwaltschaftsrat Schumacher den Antrag, den Haftbefehl zu bestätigen, was in später Abendstunde dann auch erfolgte.

Briand spricht erst Freitag.

Er wird sich nicht auf Räumung festlegen.

Paris, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Da Poincaré angekündigt hat, daß er der ursprünglichen Disposition gemäß schon am Donnerstag seine große finanzielle Rede in der Kammer halten wird, ist anzunehmen, daß Briand, der nicht gleichzeitig mit dem Ministerpräsidenten sprechen kann, die Beantwortung der außenpolitischen Interpellationen im Senat auf Freitag vertagen wird. Briand dürfte bis dahin auch in den Besitz der neuen Rede Stresemanns gelangen. Informationen von unrichtiger Seite bestätigen, daß Briand sich nochmals und aus vollem Herzen zu der Fortführung der Politik der deutsch-französischen Verständigung bekenne, es dagegen vermeiden wird, sich in Einzelfragen festzuliegen.

Die vom „Echo de Paris“ verbreitete Version, nach der Briand die Absicht haben soll, das Drängen der öffentlichen Meinung in Deutschland nach der Räumung des Rheinlandes durch eine neue Verminderung der alliierten Besatzungstruppen zu beschwichtigen, wird hier in maßgebenden Kreisen für wenig glaubhaft gehalten.

Schiedsvertrag Paris—Washington.

Verhandlungen abgeschlossen.

Paris, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Außenminister Briand empfing am Mittwoch den amerikanischen Botschafter in Paris zu einer längeren Besprechung. Gleichzeitig wird von zuständiger Stelle bekanntgegeben, daß der französisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag am 6. Februar unterzeichnet werden wird. Der neue Vertrag wird das Prinzip der schiedsgerichtlichen Erledigung von Streitigkeiten zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in weitgehenderem Maße als die bisherigen Übereinkommen festlegen und an Einschränkungen nur noch die amerikanischen Verpflichtungen aus der Monroe-Doktrin und die französischen Verbindlichkeiten auf Grund des Böhlerbündnisses enthalten. In der Präambel wird außerdem der Krieg als Mittel zur Austragung von Streitigkeiten zwischen den beiden Völkern ausgeschlossen.

Der Abschluß des Vertrages erfolgt unabhängig von den französisch-amerikanischen Verhandlungen über einen allgemeinen Antikriegspakt.

Sieben Jahre Zuchthaus für Hatvany.

Das Terror-Urteil der Hortny-Justiz.

Budapest, 1. Februar.

Im Hatvany-Prozess wurde nach 10 Uhr abends das Urteil verkündet. Hatvany wurde zu sieben Jahren Zuchthaus, 15 000 Pengoe (1 Pengoe = 73 Pf.) Geldstrafe, zehn Jahren Amtsverlust und Aufhebung der politischen Rechte und zu 500 000 Pengoe materieller Gutmachung an den Fiskus verurteilt und zur Tragung der Kosten des Strafverfahrens verpflichtet. Ein Monat und zehn Tage werden auf die Freiheitsstrafe als verbüßt angerechnet.

Budapest, 1. Februar.

Vor dem Budapester Strafsenat begann der Prozess gegen den aus dem Ausland zurückgekehrten Schriftsteller Baron Ludwig Hatvany. Hatvany wird des sechsfachen Verbrechens der Schmäherung der nationalen Ehre beschuldigt, begangen durch in ausländischen Zeitungen während seines Auslandsaufenthalts veröffentlichte Artikel.

Vom Vorsitzenden befragt, bekennt sich Hatvany schuldig und erklärt, daß er einen schweren Fehler begangen habe, für den er jetzt vor dem Gericht Buße tun und um Entschuldigung bitten wolle. Er habe unter dem Einfluß der über Ungarn im Ausland verbreiteten übertriebenen Nachrichten gestanden und die verantwortlichen Elemente, die die unverantwortlichen Faktoren bekämpften und Ordnung geschaffen haben, mit letzteren irrtümlich verwechselt. Er schildert sodann seine Tätigkeit während der Karolischen Revolution und der Kábelkianer und wiederholt ständig, daß er in einem zerrütteten Körperzustande die Artikel geschrieben habe. Wegen dieser schweren Fehler habe er beschlossen, sich dem Gericht zu stellen, um der beleidigten ungarischen öffentlichen Meinung Genugtuung zu geben.

Reichsanwalt Marx ist leicht erkrankt. Im Reichstag wurde gestern allgemein erzählt, er leide an — Schuffieber.

Die Lohnbewegungen.

Die Holzarbeiter fordern 15% Zulage.

Die Holzarbeiterverbände haben gestern den Unternehmern ihre Forderung auf Erhöhung der Löhne um 15 Proz. übermittelt. Die zentralen Verhandlungen finden am 8. Februar im Reichsarbeitsministerium statt.

Forderungen der Angestellten der Montanindustrie.

Wie der Zentralverband der Angestellten, Gau Rheinland und Westfalen, aus Bochum mitteilt, verhandeln die Verbandsinstanzen zurzeit über die Kündigung des Gehaltsabkommens der Angestellten in der Montanindustrie zum 1. März. Die Kündigung ist wahrscheinlich. Die vor kurzem unternommenen Versuche, eine zwischenzeitliche Regelung der Angestelltengehälter in der Montanindustrie herbeizuführen, sind betamlich gescheitert.

Lohnerhöhung für die Weserschiffer.

Unter dem Vorsitz des Schlichters von Westfalen, Regierungsrat Brisch, wurde in Duisburg ein Lohnschiebspruch für die Weserschiffahrt gefällt, der eine sechsprozentige Steigerung aller Sätze vorsieht. Der Ausschlag für verheiratete Matrosen und Helzer wird von 10 auf 12 Proz. erhöht. Die Erklärungssfrist läuft bis 7. Februar 1928.

Lohnerhöhung in der Süß-, Bad- und Leigwarenindustrie.

In einer gut besuchten Branchenversammlung der Sektion Süßwaren und Genussmittel des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes, Zahlstelle Berlin, erstattete Reichold Bericht von den Lohnverhandlungen, die am 20. und 27. Januar in Dresden stattgefunden haben.

Nachdem die Arbeitgeber der Süß-, Bad- und Leigwarenindustrie die im Herbst vorigen Jahres beantragte zwischenzeitliche Regelung der Löhne abgelehnt hatten, wurden die bis zum 1. Januar geltenden Löhne Mitte Januar vom Verbandsvorstand gekündigt. Zur Neuregelung der Löhne wurde eine Erhöhung um 15 Proz. gefordert.

Die Unternehmer wollten trotz guter Geschäftsabläufe im vergangenen Jahr von einer Lohnerhöhung nichts wissen. Am Gegenteil forderten einige Scharfmacher eine Lohnherabsetzung. Es scheint sich auf Arbeitgeberseite bzgl. der Vorstandswahlen ein gewisser Radikalismus geltend zu machen. Das ist der Geist, der stets verneint.

Die Lohnverhandlungen führten durch diese einseitige Einstellung der Unternehmer zu keiner freien Vereinbarung. Nach tariflicher Vorchrift mußte der Schlichter angerufen werden. Als laicher fungierte wieder Professor Luz Richter, der einen Schiebspruch fällte, wonach die Löhne ab 1. Februar um 6 Proz. erhöht werden. Die Löhne haben Geltung bis 31. August 1928. Der Spruch ist nach der Tarifverfassung bindend.

Zu der Aussprache der Versammlungsteilnehmer kam zum Ausdruck, daß in der Zwischenzeit alles darangesetzt werden müsse, um bis zum Ablauf der Löhne, die gleichzeitig mit dem jetzt geltenden Manteltarif ablaufen, Verbesserungen zu erzielen.

Das Urteil des Pontius Pilatus.

Im Kampf in der Hüttenindustrie.

Zus Dresden wird gemeldet: Die Nachricht, daß das Arbeitsgericht in Dresden in dem Streit zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband der sächsischen Hüttenindustrie wegen des Schiebspruchs die Auffassung der Arbeitgeber als richtig anerkannt habe, ist unzutreffend. Das Arbeitsgericht Dresden hat in einer einseitigen Verfügung der Gewerkschaft die Unterstützung der von den Hüttenwerken ausgesperrten Arbeiter untersagt, gleichzeitig aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß mit der Verfügung keine Entscheidung über die Gültigkeit des Schiebspruches getroffen werden soll.

Ein Arbeitsgerichtsurteil, das die zwischen den streitenden Parteien schwebenden Fragen offen läßt, ist unhaltbar. Selbstverständlich ist vom Deutschen Metallarbeiterverband gegen das Urteil des Arbeitsgerichtes Berufung eingelegt worden. Der Deutsche Metallarbeiterverband vertritt den Standpunkt, daß der Schiebspruch für die sächsische Hüttenindustrie ungültig ist, weil er im Widerspruch mit der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 und den Vorschriften der Gewerbeordnung steht.

Christliche Moralpredigt.

Und unchristliche Taten.

Die christlichen Gewerkschaften sind sonderbare Spähmacher. Obwohl sie sich seit 1918 bemühen, ihr Häußlein durch Hinzuahme allerlei höchst zweifelhafter Gebilde — zweifelhaft ebenso sehr hinsichtlich des Christentums wie des gewerkschaftlichen Charakters — wenigstens quantitativ in einem gewissen, wenn auch bescheidenen Verhältnis zu den freien Gewerkschaften zu halten, was ihnen nicht recht gelingen will, erklären sie jetzt die freien Gewerkschaften für „bankrot“. Damit man aber auch arbeitslich lachen kann, fügt der „Deutsche“ hinzu, daß die freien Gewerkschaften, „um der Partei das Wohlgeschick nicht zu verderben“, die energische Vertretung der Arbeitnehmerinteressen zurückgestellt hätten.

Und weil die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des ADGB, es abgelehnt hat, die Beamtenhege Stegerwalds mitzumachen und erklärt hat, daß für die freien Gewerkschaften nicht die Beamten, sondern die Unternehmer die Gegner sind, erzählt das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften, die freien Gewerkschaften beschränkten sich auf Lohnkämpfe und lehnten die Ver-

tretung volkswirtschaftlicher Forderungen vor Regierung und Parlament ab.

Wahrscheinlich denkt man im Lager der christlichen Gewerkschaften bei der Rücksichtnahme auf die Parteinteressen an den Kampf um das Arbeitszeitgesetz, wo die Christlichen die anderen Gewerkschaften im Stich ließen. Oder an den Kampf um die Arbeitszeit im Ruhegebiet, wo sich dasselbe Schauspiel wiederholte. Oder an alle die Eingaben der Gewerkschaften, die von den christlichen Gewerkschaften nicht unterzeichnet oder vertreten wurden.

Oder aber dachte man an die Eingabe des deutschnationalen Abgeordneten und Vorsitzenden des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter Behrens, der in dessen Namen soeben eine Eingabe fabriziert hat, um die Agrarier zu unterstützen? Eine solche, kaum noch verhältliche gelbe Politik, überlassen die freien Gewerkschaften gern den Behrens, Bafrusch und anderen christlichen Gewerkschaften gleichen Kalibers.

Die Not der Saarbergarbeiter.

Erhöhte Abnahme von Saarkohle durch die Reichsbahn.

Saarbrücken, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Die Gewerkschaften des Saargebietes haben nunmehr an die Reichsregierung ein gemeinsames Telegramm gerichtet, in dem sie entsprechend den Forderungen der Sozialdemokratie Maßnahmen zur Vermeidung der angelegentlichsten Entlassung von 4000 Berg- und Hüttenarbeitern und vor allem erhöhte Kohlenabnahme nach dem Reich fordern. Die Gewerkschaften weisen gleichzeitig auf die schweren Komplikationen hin, die aus den Entlassungen entstehen müssen. Sie verlangen für die bisher schon zur Entlassung gekommenen Arbeiter im Bergbau, in der Schwer- und der weiterverarbeitenden Eisenindustrie die Bewilligung der Arbeitslosenfürsorge, deren sofortige Erhöhung und eine Vereinfachung der Bedingungen.

Zur Regelung einer erhöhten Abnahme von Saarkohle durch die Reichsbahn fanden bereits am Mittwoch Besprechungen der Gewerkschaften mit der Reichsbahnverwaltung statt.

Zwei Gewerkschaftsjugend Ost-Berlin. Koalit. Städt. Jugendheim Schütz Straße 15-18. Heimbesprechung, Besprechung, Verbandbuch- und Heimausschusskontrollen. — Charlottenburg: Jugendheim Epprecht, 30. Heimbesprechung, 3. Jahrs 1927. Charlottenburg. — Damsdorf: Jugendheim Götzen, 40. Heimbesprechung, Heimbesprechung, Verbandbuch- und Heimausschuss mitbringen. — Genshagen: Jugendheim Falsch, Ostendener Straße, Heimbesprechung und Enderabend, Verbandbuchkontrollen. — Tempelhof: Gruppenheim Epprecht Genshagen, 4-4. Heimbesprechung. — Köpenick: Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Neuwerk). — Britz: Englische Gewerkschaftsbewegung. — Köpenick: Jugendheim Gellener Str. 3. Heimbesprechung, Verbandbuch und Heimausschuss mitbringen. — Franzosen-Aller: Städt. Jugendheim Eisener Str. 18. Zimmer 1. Heimbesprechung. — Borsdorf: Heimausschuss und Verbandbuch. — Zandberg: Platz: Jugendheim des Harn, Große Frankfurter Str. 16. Duergeb. part. Zimmer 2. Heimbesprechung, Verbandbuchkontrollen.

Jugendgruppe des JdV. Im Jugendheim des Dreischneuzs Gymnasiums für die Jugendbegleiter der sächsischen Bezirke. — Bezirk Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Polgebäude), 1. Etz., Thüringensaal. — Bezirk Köpenick: Jugendheim des Volk (Gang Heilbrunn).

Deutscher Werkschleiferverband, 24. Düsselhof, Reichelstraße Gruppe der papierverarbeitenden und verarbeitenden Industrie: Wagen, Freitag, 18 Uhr. große öffentliche Versammlung der Fiktoren und Werkschleifer des graphischen Gewerbes im großen Saal des Berliner Klubhauses, Duxstr. 3. Referenten: Kollege Berlin, Halle a. S., Kollege Raths, Berlin.

Verantwortlich für Politik: Dr. Kurt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhäger; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götzer; Freizeitsport: R. B. Döcker; Lokales und Sonstiges: Reichelstraße; Anzeigen: Ed. Glaser; Familien in Berlin. Verlag: Bornstraße-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstraße-Druckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68. Einbrotstraße, 3. Stiege 2. Beilagen: „Unterhaltung und Wissen“ und „Grunderlebnis“.

WÄSCHEREI N. J. STRAUSS

KEINE SENSATIONS-AUKTIONEN! SONDERN SENSATIONS-PREISE

PREISWERTE DAMENWÄSCHE Taghemd 1.25 mit Stickerel-Ansatz m. Stück-Elm- u. Ansatz 3.50 Hemdhose 2.20 mit Stück- und Hohlraum m. Stück-Elm- u. Ansatz 4.90 KORSETTE Büstenhalter guter Wäschestoff 0.85 Hüfthalter 2.90 vorztl. Dreil mit 4 Haltern Hüfthalter 3.75 m. seid. Gummi u. 2 Haltern SEIDE UND KLEIDERSTOFFE Bastseide reiseid. natürl. f. Kleider u. Wäsche, 60 cm 1.90 Crêpe Lavable K'welle mit Baumwolle in zarten Farben, ca. 85 cm 3.90 Vollvoile weißvztl. Schwelz. Qual. u. Ausrust. ca. 112 cm 1.45 WIRKWAREN UND STRICKWAREN Unterziehschlüpfer f. Kinder, fein gerippt, Gr. 0 0.65 Damen-Schlüpfer K'welle, plattiert, gestreift 2.50 Damen-Hemdosen K'welle mit Spitzen 4.25 Spitzenschal K'welle, weiß 2.85	HERRENWÄSCHE Oberhemd 2.75 Perkal mit Kragen Zephir mit Kragen 3.90 Schlafanzug 6.50 Flanel oder Perkal SPORTKRAGEN 0.20 Piken TASCHENTÜCHER Damentücher weiß Batist mit Kordelstreifen u. breitem Hohlraum, 30 cm, 8 Stück 0.70 Herrentücher Linon mit Hohlraum und indanth. Kante, 8 Stück 0.90 HANDSCHUHE Damen-Handschuhe Waschlleder-Nachahmung 2 Druckkn., weiß od. gelb 1.45 Reisseide doppelte Fingerspitzen, 12 Knopflang, weiß 2.90 Herren-Handschuhe Leder-Nachahmung, 1 Druckkn., farb. od. gelb 1.35 GARDINEN Etamine - Garnitur mit handgearb. Motiven 7.75 Etamine - Halbstoffe Filet-antique Fries, Spitze 8.50 Etamine - Bettdecke m. antik. Motiven, 1.2 Bett. 12.- Bademantel gemusterter Frottiertoff, 8.50	PREISWERTE TISCHWÄSCHE Tischtücher 7.45 Reine, vollweiß 128/160 Servietten 1.25 58x58 cm, passend Künstlerdecke auf weißem mercerisierten Krepp, 130/160 cm 5.85 PREISWERTE HAUSWÄSCHE Küchenhandtücher Halblein., Gerstenk. 48/100 0.80 Reinelein., Gänseauge, 48x100 cm 0.95 Rolltuch 80x100 cm, grauweiß gestreift 1.95 Reinelein., mit Inschrift, 80x100 cm 2.75 PREISWERTE BETTWÄSCHE Deckbettbezug z. Knöpf., Linon, ca. 120/200 4.90 Deckbettbezug z. Knöpfen, Linon, 130/200 6.25 Kissenbezug z. Knöpfen, Linon 80/80 cm 1.45 FROTTIERWÄSCHE Handtücher 54/110, weißbunt karliert 1.25 54/110, weißbunt Jacqu., mit Hohl-, extra schwer 2.40 Lakenbuntgem. 128/150 3.75 weiß Jacquard indanth. Kanten, 150/180 8.25 Bademantel weiß, farbige Aufschläge 7.50	Teegedeck 6.65 weiß m. Indanth. Kante od. farb. (Indanthren) gemust. 130/160, m. 6 Servietten Teedecken gleiche Ausführung 120/130 3.95 110/110 2.95 PREISWERTE HAUSWÄSCHE Stubenhandtücher Halblein., Gerstenkorn m. Jacqu.-Quert., 48/100 0.95 Prima Jacquard 52/115 1.10 Reinelein., Jacquard od. Gerstenkorn, 48/100 1.35 PREISWERTE HAUSWÄSCHE Kissenbezug 2.75 reich gestickt, Linon 80/80 Bettlaken 140/215 150/225 4.25 Haustuch 3.40 150/225 4.25 Überschlaglaken Linon mit Hohlraum und eingestickt. Must. 150/200 8.75 WÄSCHESTOFFE Renforcé 0.40 Makobatist 0.70 echt ägyptisch 80 cm Linon für Bettwäsche 130 cm 1.10 80 cm 0.60 Bedienungszwischstücke weiß, mit Hohlraum 1.40
---	--	---	---

SEIT 1815

GROSSER VERKAUF IN MEINEM NEUEN LICHTHOF

BERLIN O2 · SPANDAUER · KONIGSTRASSE · MENGENABGABE VORBEHALTEN



Die Stadtbewohnerin, die in der Lage ist, ihren Eierbedarf in der Umgegend direkt vom Bauer oder Eierhändler zu beziehen...

Das Ei auf Reisen.

Aus den sogenannten Ueberseesländern strömt das Ei in den Handel. Für 1924 hat der dänische Staatskonsulent Tabasen eine Tabelle über 18 Ausfuhrländer aufgemacht...

Das gute dänische Ei.

Diejenigen landwirtschaftlichen Kreise, die durch den russischen Handelsbund vertreten sind, hegen die Hoffnung, daß jedes Exportei mit einem Stempel versehen werden muß...

geregelt: Die Zahlen 18, 17 15% bedeuten, daß 120 Stück 18, 17, 15% englische Pfunde (à 453 Gramm) wiegen...

Die anderen Lieferanten.

Neben Dänemark haben vor dem Kriege, jedes Land weit übertrumpfend, Rußland (722 380 Doppelzentner), Oesterreich (671 060 Doppelzentner), Holland (84 333 Doppelzentner) und Italien (54 828 Doppelzentner) den Import bestritten...



In einer dänischen Eierpackerei.

Italien wohl an erster Stelle. Doch haben auch Rußland und die Oststaaten zeitweise besonders gute Eier, die zumal in einer Zeit eintreffen, wo die eingetretene Mauer unserer Hühner die Produktion beeinträchtigt...

Und das deutsche Ei?

Landwirtschaftskammern und Genossenschaftsverbände haben in erfreulicher Weise wieder (wie schon einst vor dem Kriege) die Initiative ergriffen, um der deutschen Eierproduktion die ihr aus Bequemlichkeitsgründen anhaftenden Fehler auszutreiben...

Wieviel Eier nun wohl Berlin von den 6 bis 7 Milliarden verzehret? — Das ist eine Frage, die nicht von der Statistik genau beantwortet wird...

Das Flugzeug auf der Straße.

Eine gelungene Notlandung.

Gestern mittig um 12 Uhr landete in der Großbrennstraße in Marienfelde in der Nähe der Fabrik von Stoll ein Flugzeug. Der Flugzeugführer reparierte seinen Motor und flog wieder auf...

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

„Ich habe auch Mr. Burleigh und Mr. Rupert Catstil erkannt, Lady Stella, aber ich wäre froh, wenn Sie mir sagen wollten, wer der junge Mann mit dem Monokel und der geistliche Herr sind...“

Freunden war an und für sich für einen Mann in seiner Stellung ein zwar geringeres, aber doch bemerkenswertes Erlebnis, das dazu beitrug, den Abgrund des Staunens zwischen der Bangweile seines normalen Lebens und dieser allzu spannenen Luft Utopiens zu überbrücken...

Doch nun wurde Mr. Barnstaples Aufmerksamkeit durch einen gewissen Duft, der in der Luft lag, von den Vimousinenleuten auf die so prächtig aussehende Welt abgelenkt...

Es war seltsam, daß die zwei ersten Einwohner, die sie in dieser Welt der begünstigten Natur gefunden hatten, anscheinend als Opfer eines gewissen Experimentes tot dalagen...

so aussah wie ein zweirädriger Zweiflügel, die Räder hintereinander, nach Art eines Fahrrades. Sie war leichter und zierlicher als irgendein irdisches Automobil und war rätselhafterweise fähig, auf den beiden Rädern aufrecht stehen zu bleiben...

Obwohl sie an zwanzig Yards entfernt war, teilte sie ihre Rede mit großer Deutlichkeit Mr. Barnstaples Bewußtsein mit.

„Wir wissen bis jetzt noch nicht einmal, was für ein Zusammenhang zwischen eurer Ankunft in unserer Welt und der Explosion bestehen könnte oder ob überhaupt irgendein Zusammenhang besteht...“

„Wunder und Luch“, dachte Mr. Barnstaple. Der Mensch ist ein Lebewesen, das notwendig essen muß, ob er von Wundern umfungen ist oder nicht...

Die Utopin schien von einem neuen Gedanken erfüllt zu werden. „Gibt Ihr mehrmals am Tage? Was für Sachen eßt Ihr denn?“

„Oh, Vegetarianer sind wir nicht, das ist sicher!“ rief Mr. Ruff, heftig sich verwehrend, dazwischen, indem er sein Glas aus der Augenhöhle fallen ließ.

Sie waren alle hungrig. Man sah es ihren Gesichtern an. (Fortsetzung folgt.)

Die Gesellschaft dieser berühmten und ausgezeichneten Leute verließ Mr. Barnstaple neuen Mut und ganz besonders die Gesellschaft Lady Stellas. Sie war aber auch wirklich beruhigend; sie brachte so viel von der lieben alten Welt mit und war offensichtlich bereit, die neue Welt bei der ersten besten Gelegenheit den Regeln der alten unterzuordnen...

Fall Bergmann/Jacoby.

Die vervielfältigten Empfehlungsschreiben.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby I., der gestern mittag noch eine Besprechungsliste an die zuständigen Stellen eingereicht hatte, erscheint inzwischen immer mehr belastet. Es ist nämlich festgestellt worden, daß die von ihm gezeichneten günstigen Urteile über Bergmann nicht etwa in einzelner Ausfertigung, sondern gleichlautend auf mechanisch vervielfältigter Weise an die Antragenden verhandelt worden sind. — Wie an anderer Stelle des Blattes mitgeteilt wird, ist Dr. Jacoby bereits verhaftet worden.

Vorgestern morgen erwähnten wir, daß sich auch ein Major von Hindenburg unter den Kunden Bergmanns befindet. Hierbei handelt es sich nicht um den Sohn des Reichspräsidenten, sondern um seinen Neffen, Oerd v. Hindenburg, den Sohn einer Schwägerin des Reichspräsidenten. Sie ist die frühere Besitzerin des Gutes Reuders in Ostpreußen, des Stammgutes der Familie von Hindenburg. Im vorigen Jahre war Reuders, wie man sich erinnert, von Industriellen und Großgrundbesitzern erworben worden, um dem Reichspräsidenten zum 80. Geburtstag als Geschenk überreicht zu werden. Der Major Oerd von Hindenburg hat nun 40 000 bis 50 000 Mark des Erlöses beim Lombard- und Vogerhaus Bergmann angelegt, die heute als verloren gelten können. Herr v. Hindenburg erfuhr von dem Zusammenbruch Bergmanns in München und verfuhr nun, durch einen Anwalt auf die Bergmannsche Villa sein Geld zu retten. Angesichts der zahlreichen Gläubiger dürfte aber dennoch der größte Teil des Geldes verloren sein.

Nicht ohne Interesse ist es, daß der Geschäftsleiter der Hamburger Filiale Bergmanns ein früherer Landgerichtsrat aus Altona ist. Er war später als Rechtsanwalt tätig, wurde dann aber wegen Geisteschwäche entmündigt. Trotz seiner Geisteschwäche aber besah er wegen seines Titels „Landgerichtsrat“ die nötigen Fähigkeiten zum Filialleiter der Firma Bergmann.

Trübe Aussichten für die Gläubiger.

Das Lombard- und Vogerhaus ist am gestrigen Mittwoch erneut von Vertretern der Untersuchungsbehörden besichtigt worden, wobei versucht werden ist, zunächst den Wert der dort eingelagerten Waren festzustellen. Staatsanwaltschaftsrat Schumacher, der die gesamte Untersuchung leitet, und Landgerichtsrat Stödel, der die Berechnungen leitet, werden mit Hilfe des Kontrollermeisters Schuster zunächst versuchen, einen Status aufzustellen. Der wertvollste Teil des Lagers besteht aus echten Teppichen, die einen Wert von annähernd mehreren 100 000 Mark repräsentieren. Daneben finden sich Waren aller Art, auch eine Gewebemahlung, die besonders seltene und kostbare Stücke enthält. Die Frage ist jedoch, wie weit diese Waren als Konturmassen betrachtet werden können. Bekanntlich hat Bergmann die ihm anvertrauten Güter mehrmals weiter verpfändet, um immer wieder Geld zur Auszahlung der Forderungen für die Kreditgeber heranzuschaffen zu können. Nach den bisherigen Schätzungen der mit der Prüfung des Status betrauten Personen hat der Eingang aus Lombard- oder Pfandzinsen kaum ein Zehntel der Summe betragen, die Bergmann zur Auszahlung der hohen Forderungen benötigte. Die Staatsanwaltschaft legt Wert darauf, daß sich alle Personen melden, die jemals Einlagen bei Bergmann gemacht haben, oder Geschäftsleute, die mit ihm in finanzieller Verbindung gestanden und namentlich Lombardschneide erhalten haben. Der Kontrollermeister wird gegenwärtig noch immer von Beschädigten überlastet, die ihre Forderungen anzumelden bestreben. Es läßt sich jedoch nicht vermeiden, daß die Opfer Bergmanns vernommen werden, um festzustellen, inwieweit Bergmann oder sein Sojus Solinger, bzw. der Prokurist Kroch sich schuldig gemacht haben. Bergmann ist gegenwärtig bestrebt, alle Schuld auf Solinger abzumägen und behauptet, daß dieser die Fälligkeit der Depotscheine hinter dem Rücken seines Sojus verübt habe.

Jugendliche Revolverhelden.

Scharfe und Schlabbach vor Gericht.

Der Sachverhalt dieser Räubergeschichte ist ebenso einfach wie tragisch! Scharfe, der 23jährige Fürsorgehäftling, wie er sich nennt, hat dem 18jährigen wohnungs- und arbeitslosen Schlabbach in seiner Kasse Unterschlupf gegeben. Schon am ersten Morgen sagte er, er wolle sehen, ob er „Herz“ habe. Sie begaben sich beide auf das Postfachamt, beobachteten hier, wie eine junge Dame Geld abholte, bestiegen zu gleicher Zeit mit ihr die Straßenbahn und folgten ihr in die Goethestraße. Hier streute Schlabbach dem jungen Mädchen, das sich später als Sekretärin eines Jugendheims, Fraulein Vessing, herausstellte, Salz in die Augen, entriß ihr die Aktentasche und ergriff die Flucht.

Von den 450 Mark, die er in der Aktentasche fand, schickte er 30 Mark seiner Mutter nach Düsseldorf, steckte 5 Mark zu sich und brachte den Rest Scharfe. Beide flüchteten sich ein, und am Abend ging es auf die Bierreise. Scharfe nahm seine Braut mit. Man besuchte das Kino, fuhr ausgiebig Auto, trank in verschiedenen Restaurants Bier und war gerade im Begriff, nachdem man Scharfes Braut nach Hause gebracht hatte, einen Nachtsummel zu unternehmen, als etwas ganz Unserwartetes geschah. Schlabbach hatte im Restaurant einem fremden Herrn einige Glas Bier spendiert. Scharfe geriet darüber in Wut und gab Schlabbach einige Ohrfeigen. Dieser setzte sich zur Wehr, die Gäste nahmen für ihn Partei, und so drohte ein Handgemenge zu entstehen. Scharfe zog seinen Revolver und Schlabbach, der das Lohal schleunigst verlassen hatte, hörte hinter sich plötzlich einige Schüsse fallen. Im nächsten Augenblick stürzte auch Scharfe auf die Strohe, tief dem Schlabbach zu: „Hast du dein Ding?“ Jetzt schon auch dieser auf die Bersolger. Beide entkamen. Das Ergebnis des Feuergefechts waren: 1 Toter, 1 Schwerverletzter, der einige Tage darauf starb, und 2 weitere Verletzte. Scharfe und Schlabbach wurden bald darauf verhaftet.

Nun kann man einer ganzen Reihe von Verbrechen auf die Spur. Davon erzählt gestern im Gerichtssaal mit großer Ruhe der 18jährige Schlabbach, dem Aussehen nach noch ein Knabe, dem man all die von ihm verübten Verbrechen kaum zutrauen würde. Schlabbach hat seinen Vater im Kriege verloren. Seine Mutter, die an der Düsseldorfer Straßbahn beschäftigt war, konnte sich um den Jungen nicht kümmern. Im Alter von 9 bis 12 Jahren hielt er sich im Kloster „Die guten Frauen“ auf. Später kam er zu einem Onkel nach Hamburg. Dann kehrte er nach Düsseldorf zurück und wollte Kellner oder Page werden. Die Mutter brachte ihn zu einem Tischler in die Lehre. Später kam er zu einem Autoschlosser, dann arbeitete er als Aushilfsstellen. 1925 brannete er nach Berlin durch und wurde von der Wohlfahrtsstelle im Polizeipräsidium in Schutzhaft genommen und nach Düsseldorf zurückgeschickt. Im Juni 1927 kam er wieder nach Berlin. Er quartierte sich bei einem Landsmann Duing ein. Und nun begann die Verbrechenreihe. Das erste, was die arbeitslosen Burschen taten, war ein Raubüberfall auf ein junges Mädchen, bei dem sie 30 Mark erbeuteten. Dann begannen sie eine große Anzahl von Einbrüchen in Tennis- und Ruderklubs. Zeitweilig verband sich Schlabbach bei seinen Raubzügen mit zwei anderen gleichaltrigen Burschen, einem Düsseldorfer und einem Breslauer. Von Beginn eine Reihe von Mankelbetrüben. Schlabbach verdingte sich als Aushilfsstellen und ging mit der einförmigsten Tageslohnung durch. Was man erbeutete, wurde vertriebt. Dann lernte Schlabbach seinen Komplizen Scharfe kennen, der auch schon früher in

Prügelnde Polizeibeamte.

Ein unglaublicher Vorfall.

Wieder gelangt uns ein Fall zur Kenntnis, in dem Beamte der Schutzpolizei einen wegen eines Verkehrsvergehens festgenommenen 20jährigen Arbeiter, Erwin D., aus der Dölziger Straße, aufs schwerste mißhandelt haben. Der junge Mann, der uns gestern in der Redaktion aufsuchte, machte einen desolaten Eindruck. Gesicht entstellt, Hände angeschwollen. Nur schwer und stark hinkend kann er sich fortbewegen. Infolge der Gesichtsschwellung, die von Schlägen mit dem Polizeiknüppel herrühren soll — die Lippen sind durch einen Hieb über den Mund von innen geplatzt — fällt dem Arbeiter, der nur von kleiner, unterlegter Statur ist, das Sprechen förmlich schwer. Nach seinen Mitteilungen ist er Sonntagnacht in der Dranienstraße von zwei Polizeibeamten, die sich auf einem Patrouillengang befanden, bei der Festnahme so zugerichtet worden. Er macht zu dem Vorherrscher, der kaum glaublich wäre, wenn nicht zahlreiche Verletzungen für seine Angaben sprächen, folgende Angaben:

Um 22 Uhr durchfuhr er, auf einem unbesetzten Fahrrad sitzend, die Dranienstraße. Auf dem Gepäckträger des Rades saß sein Freund. An der Ecke Adalbertstraße wurde D. von zwei Polizeibeamten zum Halten veranlaßt. D., der sich nach seinen Angaben in schneller Fahrt durch die Straße bewegte, konnte nicht augenblicklich bremsen, zumal er noch einen Begleiter auf dem Rade hatte. Er fuhr noch einige Meter weiter. Die Beamten eilten hinterher und rissen D. vom Rade, so daß er auf den Fahrdamm stürzte. Sein Begleiter fiel ebenfalls zu Boden. Bei der Feststellung der Personellen kam es dann zu der Mißhandlung. D. (der sich vermutlich widersetzte — Red. d. „A.“) wurde im Gesicht gepackt und sollte den Weg zur Woche antreten. Auf keinen Einwurf, daß er ohne Rad nicht fortgehe und das auf dem Boden liegende Fahrzeug aufheben wolle, um es mitzuführen, zogen die Polizeibeamten plötzlich ihre Gummistiefel und hieben auf den Festgenommenen ein. D. setzte sich zur Wehr, und in dem nun entstellenden Handgemenge wurden ihm, nach seinen Angaben, die Sachen vom Leibe gerissen. Dann wurden ihm die Hände über den Rücken zusammengehalten. Unter Fußtritten brachte man ihn nach der Reiterwache in der Adalbertstraße. Nur mit der Hilfe der dortigen Beamten wurde er später in eine Zelle geführt, wo er die Nacht verbringen mußte. Nach seiner Entlassung begab sich der Mißhandelte am Montag zu einem Arzt. Ueber die Unternehmung liegt uns folgendes ärztliche Attest vor:

Ähnlicher Weise andere junge Leute „betreut“ hatte, und beide begingen den Raubüberfall in der Goethestraße, der ihnen verhängnisvoll werden sollte.

Scharfe, der bereits achtmal verurteilt ist, war als zehnjähriger Junge in die Fürsorgeanstalt gekommen. Er fiel immer wieder davon, wurde von seinem Vater nach dessen Rückkehr aus dem Kriege aus der Fürsorgeanstalt genommen, der Junge hielt sich aber nicht, beging immer wieder kleine Unordnungen, kam erneut in die Fürsorgeanstalt, der er immer wieder entlie. Scharfe besitzt gestern, den Schlabbach zum Raubüberfall angeführt zu haben. Der Raubüberfall wird morgen Gegenstand einer besonderen Gerichtsverhandlung sein. Er besitzt auch, den Bezirksvorsteher Schulze gestohlen zu haben. Die Beweisaufnahme fiel aber gegen ihn aus. Der Staatsanwalt beantragte für Scharfe eine Gesamtstrafe von 11 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust; für Schlabbach 6 Monate Gefängnis, von denen 2 Monate auf die Unternehmungshaft anzurechnen werden sollen.

Das Schwurgericht nahm in allen vier Fällen Totschlag an und verurteilte Scharfe an 12 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und Schlabbach an 12 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte Joseph Schlabbach wurde wegen verübten Totschlags und Verurteilung mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Scharfe schrieb nach der Urteilsverkündung: „Ich bin unglücklich, Schlabbach, du hast mich auf dem Gewissen!“ Er warf sich dann in einem Wutanbruch auf den Fußboden. Zwei Justizwachmeister mußten den Tobenden aus dem Saal schleifen.

Der Gantag der Polizeibeamten.

Im weiteren Verlauf des ordentlichen Gantages des Verbandes preussischer Polizeibeamter e. V., Gau Groß-Berlin, im Logenrestaurant, Kirchhofstr. 2 in Charlottenburg, gingen noch zahlreiche Anträge ein, deren Erledigung den größten Teil der Tagung in Anspruch nahm und die Antragskommission intensiv beschäftigte. Die eingereichten Anträge wurden von den Delegierten zum größten Teil mit wenigen Änderungen angenommen. Am zweiten Tage wurden im Laufe des Vor- und Nachmittags zwei wichtige Punkte erledigt. Die Annahme des Haushaltsplans und die Neuwahl des Vorstandes. Zum 1. Vorsitzenden wurde der altbewährte Führer Ganz einstimmig wiedergewählt. Als 2. Vorsitzender wurde der Fachgruppenleiter der Kriminalpolizei Bartholomäus und als 3. Vorsitzender Polizeihauptwachmeister Worm (Schupo) gewählt. Besonders erwähnenswert war die Erteilung der Delegierten in Bezug auf die Vertretung der Schupo im Vorstand. — Die Tagung, auf der an beiden Sitzungstagen viel Arbeit geleistet worden ist und einen ausgezeichneten Verlauf genommen hat, endete gegen 5 Uhr nachmittags und klang in einem Hoch auf den Verband preussischer Polizeibeamter und auf die Republik aus.

Die Mitgliederzahl des Gaus ist in einer fortschreitenden Aufwärtsbewegung begriffen. Die Mitgliederzahl, die am letzten Gantage im August 1926 12 500 betrug, ist inzwischen auf 15 000 angewachsen. Ein Beweis, daß die Aufklärung über den Wert einer Berufsorganisation in die weitesten Kreise der Polizeibeamten Groß-Berlins eingedrungen ist.

Funkwinkel.

Ein trauriges Abendprogramm. Einer köstlichen Stunde, in der das Havemann-Quartett Schubert spielte, ging unter dem Titel „Heiteres“ eine sehr minderwertige Veranstaltung voran. Erfreulich war die Unterhaltungsfunde der Jugendbühne. Beta Balazs Märchen „Von richtigen Himmelsblau“ war eine echte Kindergeschichte, lebendig und natürlich aus einer kindlichen Erlebniswelt herausgestaltet. Elisabeth Neumann wußte sie lieb und selbstverständlich zu erzählen. — Dr. med. Albert Huthmann sprach in einem Vortrag über die Zusammenhänge von „Geburt und Übergläub“. Er zeigte, wie schon in den frühesten Zeit der Mensch verfuhr, auf das Wunder der Geburt Einfluß zu gewinnen. Er wollte durch allerlei seltsame Bräute vor allem das Geschlecht des erwarteten Kindes vorher bestimmen oder beeinflussen. Von diesem Übergläub hat sich manches in unsere Tage erhalten. Aber einzig eine gesündere körperliche und seelische Verfassung der Mutter bietet bis zum gewissen Grade Gewähr für die Gesundheit des Kindes. Dr. A. C. Porzitt wies in seinen Darlegungen über „Das Mysterium der Maske“ daraufhin, daß die Sehnacht, sich zu waschen, etwas durchaus Natürlicher ist; denn in der Maske nur werden die meisten Menschen unserer Tage, die Schablone so durchbrechen und das zu scheinen, was sie sind oder sein möchten. Les.

Der Buchdrucker Erwin D., 20 Jahre alt, Dölziger Straße 27, ist überfallen und sehr schwer mißhandelt worden. An Rumpf und Gesicht, sowie Hinterkopf sind viele schwere Hiebnarben (3 wöl) feststellbar, die von Stockschlägen herrühren. Das Gesicht ist entstellt, die Lippen innen geplatzt, die Zähne los. Der Ueberfallene ist heute früh 10 Uhr vollkommen schwindlig. Nachträglich gibt D. an, von Polizeibeamten mißhandelt worden zu sein. (Stempel des Arztes.)
30. Januar 1928.
Unterschrift.

Wenn sich die Vorgänge tatsächlich so verhalten haben sollten, wie D. sie darstellt, ist es selbstverständlich, daß der Polizeipräsident sofort eingreifen und das Nötige veranlassen wird. Schon mehrmals hat Polizeipräsident Jörgiebel und auch der Minister des Innern Grzesinski, bei ähnlichen Delikten energisch durchgegriffen und die Schuldigen un-nachlässig zur Rechenschaft gezogen.

Am November v. J. berichtete der „Vorwärts“ über eine Mißhandlungsskizze auf einer Polizeiwache in Berlin D. Ein Schupo-beamter hatte einen zur Wache geführten Arbeiter in den Wachenräumen so schwer geohrfeigt, daß der Mißhandelte eine beträchtliche Verminderung seiner Hörschärfe erlitten hatte. Der Beamte wurde seines Dienstes enthoben, und die Akten wurden unverzüglich der Staatsanwaltschaft übergeben. Diesen Vorgang nahm der Polizeipräsident seinerzeit zum Anlaß, in einer Mitteilung an die Presse folgendes zu erklären: „Es gibt kaum etwas Schimpflicheres, als Menschen, die sich in der Gewalt der Polizei befinden und sich freiwillig oder un-freiwillig in die Hände der Polizei begeben haben, zu mißhandeln. Die Deffenlichkeit darf überzeugt sein, daß rücksichtslos eingegriffen und jeder Schuldige zur Rechenschaft gezogen wird. Hier steht mehr auf dem Spiel als die Sühnung eines bedauerlichen Einzelsalles — hier handelt es sich um die Wahrung des Ansehens der Berliner Polizei.“ Es ist zu hoffen, daß der Polizeipräsident nach genauer Untersuchung dieses neuen Falles ebenfalls energisch durchgreifen wird.

Der Hauszinssteuerfandal in Preußen.

80 Millionen Mark Verdienst für Einziehung der Hauszinssteuer in Berlin haben die Berliner in- und ausländischen Hauseigentümer durch die bis jetzt stattgefundene Berechnung der Hauszinssteuer gehabt. Der Mieter muß mit seiner Miete 48 Proz. Hauszinssteuer zahlen, während der Eigentümer die Hauszinssteuer mit einem prozentualen Zuschlag zur Grundvermögenssteuer zu zahlen hat. Der Zwischenergebnis ist in obiger Summe enthalten. Den verarmten Rentnern, Kranken, Erwerbslosen u. a. wird die Hauszinssteuer nur so weit gestundet, als der Eigentümer selbst Hauszinssteuer abführt, so daß dem Eigentümer kein „Verdienst“ stets verbleibt. Die Stadt Berlin muß von der eingehenden Hauszinssteuer einen großen Betrag für Wohnungszwecke an den preussischen Ausgleichsfonds abliefern, so daß der Stadt Berlin zur Bänderung der Wohnungsnot im Verhältnis zum Aufkommen der Steuer recht wenig verbleibt. Ueber dieses Thema wird Genosse Landtagsabgeordneter Meyer-Sollinger und Genosse Dyrenfild über den Reichstagswahlkampf in dem am 6. Februar 1928 19½ Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25, stattfindenden Rundgebung referieren. Diese Rundgebung wird vom Reichsbund Deutscher Mieter e. V., Verband Berlin, Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsauskunft Berlin, Allgemeinen freien Angestelltenbund, Ortsarteil Berlin, u. a. einberufen.

„Die indische Frau“. Genosse Furtwängler sprach am Dienstag in einer Neuköllner Mitgliederversammlung über das Thema: „Die indische Frau“. Er brachte den fremden Gebräuchen viel Verständnis entgegen. Genosse Furtwängler schilderte das Los der Tader in sozialer Beziehung als äußerst ungünstig. In dem Land, das zehnmal so groß ist wie Deutschland, kommen auf 1000 männliche Einwohner etwa 950 weibliche. Von sämtlichen Textil- und Bergwerksarbeitern sind aber zwei Fünftel Frauen. Der durchschnittliche Tageslohn beträgt etwa 40 Pfennig. Frauen werden deswegen vielfach als Lastträgerinnen verwendet, weil es kaum eine billigere Arbeitskraft geben kann. Es gilt als eine Schande, Witwe zu sein. Es gibt aber viele Frauen, die Witwen werden, bevor sie wirklich verheiratet sind, da die Heiratszeremonie von den Eltern sehr früh vollzogen wird. Man ist sehr heiratungswillig in Indien; Jungfrauen erziehen sich keines guten Ansehens. Die Ausführungen wurden von sehr guten Lichtbildern begleitet.

Amerika in der Skala. Abchiedsabendkonzert Jack Hilltons in der Skala, oder, anders gesagt, eine und eine halbe Stunde musikalischer Frohsinn, in die sich leider ein Tropfen Bitterkeit mischt, weil der beliebte Musiker noch einem kurzen Gastspiel Berlin schon wieder verläßt. Das ganze Konzert gestaltete sich zu einer einzigen Ovation für den Künstler, man klatschte, trampelte, brüllte und schloß wieder. Und mit Recht. Es wird unbedingt jeder, auch der Gegner der Jazzmusik, von dem musikalischen Rhythmus mitgerissen. — Jack Hilton dirigiert nicht nur, er streppt, tanzt, singt, und mit ihm alle seine Leute. Sein ganzer Körper ist mit Musik angefüllt, und dies ist auch der Grund, warum durch seinen Einfluß jeder seiner Solisten sein Bestes hergibt. — Was jeder einzelne seiner Künstler leistete, konnte man an den Solonummern erkennen.

Bezirksbildungsausschuß. Theatervorstellung am Sonntag, dem 3. Februar, nachmittags 3 Uhr. „Die Gelehrten“, Schauspiel von Goethe. „Der zerbrochene Krug“, Lustspiel von Heinrich v. Kleist. Karten à 1,20 R. in allen bekannten Verkaufsstellen. — Nächste Feierabendkonzert am Sonntag, dem 12. Februar, vorm. 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus. „Abchiedsabendkonzert“ (achtjähriger Jahrestag der Revolution von 1848). Mitwirkende der Erziehung für Sozialistische Reichsbund unter Leitung von Albert Jorald. Mitglieder vom Landestheater, Berliner Landeshör (Männerchor). Eintrittspreis 1 R. Karten in den bekannten Verkaufsstellen. — Sternwarte Treptow. Karten zum ermäßigten Preise von 60 Pf. für alle Plätze sind im Bureau des Bezirksbildungsausschusses zu haben.

Darmlstörungen

als Folge von Magenleiden.

Darmlstörungen rühren oft von Magenkrankheiten her, die man vernachlässigt hat. Dadurch, daß der Magen nicht richtig arbeitet, können Darmlstörungen entstehen. Wenn Sie also in den Gedärmen den leichtesten Schmerz verspüren, so achten Sie darauf, denn die Folgen können ernst sein. Nehmen Sie 1/2 Kaffeelöffel Biserirte Magnesia in etwas warmem Wasser ein. Biserirte Magnesia neutralisiert den Ueberfluß der Säure im Magen und ermöglicht natürliche und gründliche Verdauung der Speisen. Wenn Sie auf eine schmerzlose Arbeit des Magens achten, werden Sie der Darmlstörungen bewahrt werden. Biserirte Magnesia ist in jeder Apotheke erhältlich.

Wichtig! Hüten Sie sich vor Nachahmungen und bestehen Sie darauf, nur die echte Biserirte Magnesia zu erhalten, die den Namen Bismag Ltd. London trägt.

Reichsrecht bricht Landesrecht.

Kommunistische Klagen vor dem Geschäftsordnungsausschuss

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags verhandelte über die kommunistischen Beschwerden, daß ihre Versammlungen in Bayern und Württemberg regelmäßig verboten oder gewaltsam aufgehoben werden. Die Beschwerden wurden ausführlich begründet und die Vertreter der Sozialdemokraten und Demokraten traten für diese Beschwerden ein und hielten es für die Pflicht der Reichsregierung, bei der bayerischen und württembergischen Regierung dahin vorstellig zu werden, die Behörden anzuweisen, daß Verletzungen von verfassungsmäßigen Rechten von Reichstagsabgeordneten, wie sie in den Beschwerdefällen vorliegen, in Zukunft unterbleiben. Zu einem Beschluß kam es jedoch noch nicht, weil ein Antrag des Abg. Dr. Bell (3.) angenommen wurde, der die Verlegung der Angelegenheit auf drei Wochen beschloß, damit die in Betracht kommenden Länderregierungen in der Zwischenzeit die für die Entscheidung des Ausschusses wesentlichen Unterlagen beibringen und ihre Stellungnahme zur einheitlichen Rechtsanwendung in den zur Beurteilung des Ausschusses gestellten Angelegenheiten erklären können.

Das Arbeitsprogramm des Reichstags.

Der Reichstagsrat des Reichstags beschäftigte sich heute mittig zunächst mit dem Arbeitsplan. Nach seinen Dispositionen soll am morgigen Donnerstag der Haushalt des Ministeriums für die besetzten Gebiete beraten werden. Dann soll eine kleine Pause in den Plenarberatungen vom Freitag, dem 3. bis einschließlich Montag, dem 6. Februar, eintreten. Am Dienstag, dem 7. Februar, soll die Wenderung des Mieterschutzgesetzes auf die Tagesordnung kommen, dann der Etat des Reichsarbeitsministeriums und darauf der des Reichsernährungsministeriums. In der Fastenwoche und zwar vom 18. bis zum 26. Februar will der Reichstag keine Sitzungen abhalten.

Die Verschlechterung des Mieterschutzes.

Neue Fassung der Bestimmungen.

Die heftige Kritik der Mieterorganisationen und der Arbeiterparteien an der geplanten Neuregelung des Mietrechtes hat zu einem bescheidenen Erfolg geführt. Hätten die Koalitionsparteien ursprünglich unter Vergewaltigung der Opposition beschlossen, neue Mietverträge über Wohnungen mit mehr als fünf Wohnräumen oder mehr als 100 Quadratmeter Wohnfläche außerhalb des Mieterschutzes zu stellen, so mußten sie inzwischen einsehen, daß die vorgelegene Regelung rechtlich zweifelhaft ist. Die Bestimmungen erhielten nach dem Beschluß des Wohnungsausschusses folgende Neufassung:

„Diese Vorschriften finden keine Anwendung auf Mietverträge, die über freigeordnete oder freierwerbende Räume nach dem 31. März 1928 auf mehr als zwei Jahre neu abgeschlossen werden und sich entweder ausschließlich auf Geschäftsraum oder auf solche Wohnungen beziehen, die abgesehen von Küche, Nebengelasse und Mädchenkammer, mindestens sechs Wohnräume mit mindestens 100 Quadratmeter Wohnfläche haben. Dies gilt nicht im Falle des Tausches, wenn die Mieter in die beiderseitigen Mietverträge eintreten.“

Diese Neuregelung ist wenigstens juristisch klarer, als die ursprüngliche veränderte Fassung, die einer willkürlichen Auslegung Tür und Tor öffnete. Sachlich bedeutet sie nur eine geringe Milderung der früheren Beschlüsse.

Die Sozialdemokraten hatten einen ausführlichen Antrag auf Schaffung eines sozialen Mietrechtes im Reichstag eingebracht. Sie verlangten im Ausschuss, daß dieser Antrag der Reichsregierung zur Erwägung zu überweisen und die Reichsregierung zu ersuchen ist, dem Reichstage vor Ablauf des Mieterschutz- und Reichsmietengesetzes den Entwurf eines sozialen Miet- und Wohnrechtes vorzulegen.

Der Bürgerblock lehnte diesen Antrag ab, weil er die Zeit noch nicht für gekommen wählte, zu einem Dauermietrecht zu kommen. Die Mieter wissen nun, daß von diesem Reichstag für sie nichts zu erhoffen ist.

Der Kampf gegen die Meineidsseuche.

Ein Unterausschuss soll Vorschläge für die Neuregelung machen.

Die Seuche der Meineidsprozesse soll also im neuen Strafrecht wirklich bekämpft werden. Zwar besteht unter den bürgerlichen Parteien noch keine feste Meinung darüber, wie das möglich ist. Jedenfalls hat der Strafgesetzausschuss des Reichstages gestern nach längerer Beratung beschlossen, einen Unterausschuss für die neue Fassung der gesetzlichen Bestimmungen über eidliche Aussagen einzusetzen. In den Beratungen war die Feststellung des Ministerialrates Schäfer wichtig, wonach es eigentlich nicht mehr um das Recht der Religion geht, wenn man jetzt die Zahl der Meineidsprozesse beschränken will. Wird doch der Eid heute nicht immer mehr in religiöser Form geleistet. Es handelt sich also nur noch um die Sicherung der Rechtspflege. Die Rechtsprechung verstärkte die Vertrauenskrise, wenn auch schon bei unrichtigen Angaben über unwesentliche Dinge Bestrafung eintrat.

Abg. Emminger (Bayr. Sp.) und Abg. Wunderlich (D. Sp.) erklärten dem gegenüber, es sei zu befürchten, daß eine zu große Rechtsunsicherheit einträte, wenn nicht auf jede Falschvernehmung, sondern nur auf eine unrichtige Aussage in wesentlichen Punkten Strafe folge. Auch Ministerialdirektor Bumke wandte sich namens des Reichsjustizministeriums gegen die Vorschläge des preussischen Justizministeriums. Eine Eindämmung der Meineidsprozesse sei nur dadurch möglich, daß die Zahl der Fälle, in denen eine Verurteilung erfolge, eingeschränkt werde.

Abg. Bell (3.) bedauerte die Unzahl der alljährlich angefügten Meineidsprozesse. Insbesondere mit der Anwendung der Bestimmungen vom fahrlässigen Meineid gehe man vielfach zu weit. Die preussischen Anregungen müßten aber im Interesse der Rechtssicherheit und Staatserhaltung abgelehnt werden.

Genosse Schumann-Eltzin trat auf Grund seiner Beobachtungen des täglichen Lebens für eine Einschränkung der Bestimmungen über den Meineid ein. Vielfach würden Menschen wegen Meineides verfolgt, die nur in der Aufregung, die sie im Gerichtsfoal befahe, nicht ganz richtig ausgesagt hätten, trotzdem sie die feste Absicht hätten, nur die Wahrheit zu sagen. Man gehe zu weit, wenn man heute sogar geistig beschränkte Menschen vereidige. Vor allem der fahrlässige Falschheid müsse fallen. Auch in Oesterreich konnte man ihn nicht, und deshalb sei es nicht

zum mindesten um der Einheit des Rechts in beiden Ländern willen erforderlich, die Bestimmungen über die Bestrafung fahrlässiger Eide zu streichen.

Abg. Bohmann (Dmal.) betonte den heiligen Charakter der Eidesleistung, der auch dann nachliege, wenn Gott nicht angerufen werde. Genosse Rosenfeld erklärte daraufhin, es müße wenig, daß alle Parteivertreter sich gegen die zu vielen Meineidsprozesse ausgesprochen hätten, wenn sie es gleichzeitig ablehnten, den preussischen Anregungen Folge zu leisten. Auch in Frankreich, in England und in Amerika begnüge man sich mit der Bestrafung einer eidlich falschen Aussage über wesentliche Tatsachen. Warum folge man nicht auch hier den Kulturländern im Westen. Von einer Gefährdung der Reichssicherheit bei Befolgung der preussischen Vorschläge könne ernstlich keine Rede sein. Jedenfalls müßte die sozialdemokratische Fraktion dringend fordern, daß diese wesentlichste Frage in einem Unterausschuss eingehend geprüft werde. — Dies wurde dann auch beschlossen.

Das neue Schankstättengesetz.

Keine Konzessionspflicht für Flaschenbierhandel. — Auf 400 Einwohner eine Aneipe.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags hat nach wochenlangen Beratungen den ersten, grundlegenden Paragraphen des Schankstättengesetzes angenommen. Einstimmig abgelehnt wurde der Antrag, den Flaschenbierhandel zu konzessionieren. Auch die Antragsteller schienen eingesehen zu haben, daß der beabsichtigte Zweck nicht erreicht wird. Gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung und eines Teiles der Deutschnationalen und der Demokraten, die sich gegen eine Verhältniszahl der Schankwirtschaften zur Bevölkerungsziffer aussprachen, erhielt der § 1 in erster Lesung folgende Fassung:

„Wer Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder Kleinhandel mit Brauereibetrieben will, bedarf dazu der Erlaubnis. Die Erlaubnis kann auch juristischen Personen sowie nichtrechtsfähigen Vereinen erteilt werden.“

Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn ein Bedürfnis nachgewiesen ist.

In Gemeinden, in denen auf je 400 Einwohner mehr als eine Schankstätte mit Ausschank geistiger Getränke existiert, ist das Bedürfnis für neu zu errichtende Betriebe mit Aus-

schank geistiger Getränke oder zur Ausschank bestehender Betriebe auf den Ausschank von Brauereibetrieben zu verneinen. In Gemeinden mit weniger als 400 Einwohnern kann die für die Erlaubniserteilung zuständige Behörde beim Vorliegen eines besonderen Bedürfnisses Erlaubnis für insgesamt zwei Schankstätten mit Ausschank geistiger Getränke erteilen. Ueber die im Satz 1 und 2 genannten Zahlen hinaus kann eine Erlaubnis erteilt werden, sofern die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte höhere Verwaltungsbehörde das Bedürfnis bestätigt.

Solange in einer Gemeinde mehr als eine Schankstätte mit Ausschank geistiger Getränke auf je 400 Einwohner entfällt oder solange in den Fällen des Abs. 3 Satz 2 mehr als zwei Schankstätten mit Ausschank geistiger Getränke vorhanden sind, soll die Erlaubnis für Schankstätten mit Ausschank geistiger Getränke, auch im Falle eines Wechsels der Person des Erlaubnissinhabers, nur beim Vorliegen eines sich aus den besonderen Verhältnissen des Falles ergebenden Bedürfnisses erteilt werden, es sei denn, daß es sich um die Uebertragung des Betriebes auf den Ehegatten des Betriebsinhabers oder auf solche Personen handelt, die mit dem Betriebsinhaber in gerader Linie verwandt oder verschwägert sind.“

Im übrigen bestimmt der Paragraph noch, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die näheren Voraussetzungen über den Begriff „Bedürfnis“ erläßt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die alkoholfreien Wirtschaften von der Konzessionspflicht zu befreien, wurde abgelehnt, ebenso verfiel ein sozialdemokratischer Antrag der Ablehnung, der den gemeinnützigen Vereinen gegen den Alkoholmißbrauch und den Gemeinden bei der Verteilung der Konzessionen gegenüber privaten Unternehmungen den Vortzug erteilen wollte.

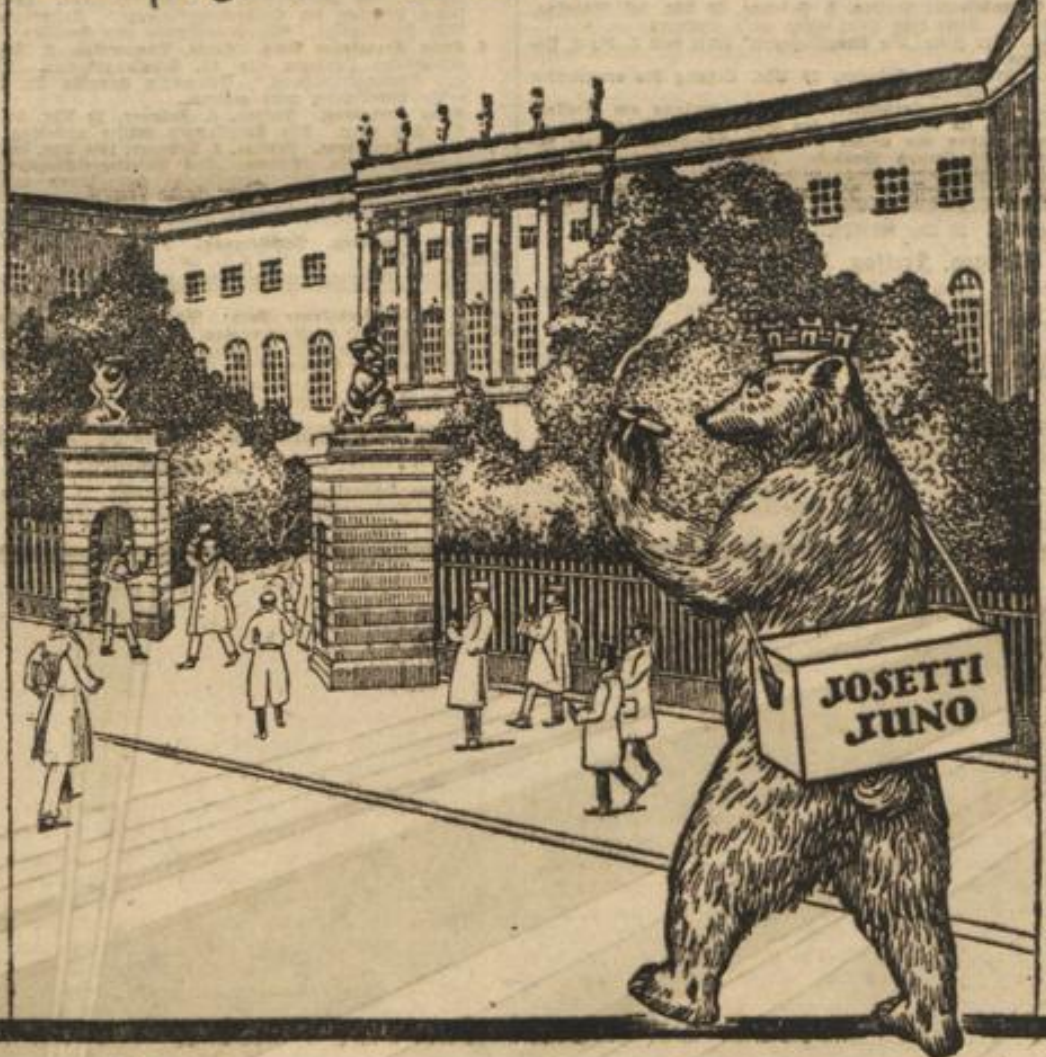
Keine Neuwahlen in Hessen.

Die Wahlprüfung vom Staatsgerichtshof abgewiesen.

Darmstadt, 1. Februar.

Der hessische Staatsgerichtshof, der sich mit dem Einspruch der Wirtschaftspartei, der Nationalsozialisten und der Evangelischen Volksgemeinschaft gegen die letzten Landtagswahlen befahte, fällt nach sechstündiger Sitzung folgendes Urteil: Die Anfechtungen der hessischen Landtagswahlen vom 13. November 1927 werden als unbegründet zurückgewiesen.

Was sagt der Bär?



Wissen zu erringen,
ist des Strebenden Ziel, das er leichter
erreicht, wenn der Geist frisch erhalten
wird durch den Genuß von:

Joseetti Juno
Berlins meistgerauchte 4.8 Cigarette

Hat Schacht recht?

Genosse Hilferding zu einer bedeutsamen Streitschrift gegen Schacht.

Unserer Professoren Adolf Weber von der Münchener Universität hat im Verlag von Duncker u. Humblot, München 1928, 28 Seiten, eine Schrift gegen die Politik Schachts veröffentlicht. Ihrer Würdigung durch Genossen Dr. Hilferding entnehmen wir folgende Ausführungen:

In der Sache stimmt Webers Kritik in allem Wesentlichen mit den Ausführungen überein, die ich selbst im Reichstag gegen die Politik Schachts machen mußte. Weber präzisiert seinen Standpunkt folgendermaßen:

„Unter der Voraussetzung nun, daß wir so sparsam wie nur möglich konsumieren, gar keine überflüssigen, nicht dringend notwendigen Ausgaben machen, unter der weiteren Voraussetzung, daß wir so klug wie nur möglich produzieren, kann bei unerer derzeitigen Lage aus wirtschaftlicher, sozialer und politischer Gründen keine Forderung zu dringend sein als die:

alle Lären weit auf für Auslandskapital,

wir können davon, solange wie unser Preis so verhältnismäßig hoch ist, nicht genug haben! Je mehr Auslandskapital uns unter den gemachten zwei Bedingungen zugeführt wird, um so schneller und gründlicher werden wir der Welt zeigen können, daß das neue Deutschland in noch größerem Maße als das alte Deutschland das Land der wirtschaftlichen Wunder ist, um so eher aber wird es uns möglich sein, die fremde Schuldenlast zu tragen und abzutragen.“

Weber untersucht dann im einzelnen die Einwände, die gegen die Auslandsanleihen vorgebracht werden. Mit besonderer Schärfe wendet er sich dabei gegen die Theorie, die „sich in dem harten Kopf des Reichsbankpräsidenten Schacht festgesetzt“ habe, wonach Einfuhr von Kapital Mehrung der Devisen, vermehrte Zahlungsmittel und Preisanstieg bedeute. Von einer Gefährdung der Währung könne keine Rede sein.

„Wenn ein Land seinen Haushalt in Ordnung hält und in den internationalen Zahlungsmechanismus eingegliedert ist, ist die Gefahr einer Inflation, wie die Geschichte zeigt, doch verschwindend gering.“

Wir selbst möchten sogar noch einen Schritt weiter gehen und sagen, diese Gefahr besteht überhaupt nicht. Uns ist wenigstens aus der ganzen Währungsengeschichte kein Fall einer echten Inflation bekannt, der bei einem ausgeglichenen Budget eingetreten wäre. Es ist auch theoretisch nicht denkbar, solange die Notenbank ihre Riten nur gegen Handelsmangel ausübt, also die entscheidende Vorkehrung aller bestehenden Bankgesetze wirklich befolgt. Mit Recht magt sich Weber auch über das von Schacht mit Vorliebe vorgebrachte Beispiel lustig, die Reichsbank könne doch nicht gegen fünf Milliarden Dollar 20 Milliarden Mark Banknoten ohne inflationäre Folgen ausgeben. Sei denn eine derartige plötzliche Konfession von derartig großen Summen für einen Praktiker oder Theoretiker, die sich mit den Bewegungen am internationalen Geld- oder Kapitalmarkt etwas beschäftigt haben, auch nur vorstellbar? Jedenfalls beweise die Geschichte der letzten Jahre das Gegenteil. Trotz der Aufnahme von angeblich 10 Milliarden Mark Auslandsanleihen kann von einer

Aufblähung unseres Zahlungsmittelumsatzes nicht die Rede sein.

Besonders erfreulich ist es auch, daß Weber dem weitverbreiteten Vorurteil über das angebliche Unglück einer passiven Handelsbilanz entgegentritt. Es sei falsch, mit dem Worte „Bilanz“ die Vorstellung von einer Erfolgsabrechnung zu verbinden. Die Worte Handelsbilanz und Zahlungsbilanz haben aber mit irgendeinem Erfolg oder Mißerfolg gar nichts zu tun. Sie sagen nur etwas aus über die Bewegungen der Waren, die Forderungen und Verpflichtungen eines Landes im internationalen Verkehr für einen bestimmten Zeitpunkt. Es sei volkswirtschaftlich falsch, wenn man deshalb, weil ein Land etwa Rohstoffe importiert oder auch Luxusgüter einführt, meint, das Ausland unterstütze die heimische Konsumtion und nicht die heimische Produktion. Der Sinn der Auslandskredite sei doch der, es dem Schuldnerland zu ermöglichen, seine eigenen Arbeits- und Kapitalkräfte so rationell zu gebrauchen wie möglich. „Es kann dabei durchaus zweckmäßig sein, vorübergehend wenigstens, weniger an diesen oder jenen Konsumtionsgütern oder diesen oder jener Fertigfabrikaten in der Heimat zu produzieren und die so entstandenen Rücklagen durch das Ausland ausfüllen zu lassen, dafür aber die vorhandenen nationalen Produktionsmittel mit voller Kraft da einzusetzen, wo der größte und — was recht wichtig ist — auch der reichste Produktionsenergie erzielt werden kann. Die Frage: Wie machen wir unsere Handelsbilanz aktiv? ist durchaus nebensächlich gegenüber der anderen entscheidenden Frage: Was können wir tun, um die Produktivität unserer Arbeit möglichst zu steigern?“

So kurz die Schrift Webers ist, zur Widerlegung der Schacht'schen Irrtümer ist sie durchaus ausreichend. Nur in einem Punkte hätten wir noch größere Klarheit gewünscht. Vielfach ist nach die Meinung verbreitet, wir hätten aus den Auslandsanleihen die Reparationszahlungen gemacht.

Das hätte nur der Fall sein können, wenn das Reich sich verschuldet hätte. Aber die Kredite sind von Privaten oder von öffentlichen Körperschaften für produktive Anlagen aufgenommen worden. Wir haben die Auslandsanleihen benutzt zum Wiederaufbau und zur Rationalisierung unserer Produktion, einen gewissen Betrag, nämlich einen großen Teil der landwirtschaftlichen Kredite, leider auch zum Teil unproduktiv vergeudet. Und es ist gerade diese Art Kreditaufnahme, die Herr Schacht besonders favorisiert hat. Wir haben daneben unsere Außenhandelsorganisationen ausgebaut und die Kreditgewährung an unsere ausländische Kundschaft wesentlich erweitert, wenn auch diese Summen statistisch schwer erfassbar sind. Damit waren aber unsere Auslandskredite auch verbraucht und man kann sie unmöglich doppelt in die Rechnung einstellen. Nicht mit Auslandskrediten, sondern mit dem allerdings nur mit deren Hilfe gesteigerten Ertrag unserer Volkswirtschaft haben wir dann die Reparationsverpflichtungen einlösen können. Ein Abschneiden der Auslandskredite würde die Rationalisierung, damit unsere Konkurrenzfähigkeit und unsere Exportmöglichkeiten verringern. Die Zahlung der Reparationsverpflichtungen wäre also erschwert.

Selbstverständlich bedeutet die Leistung der Reparationszahlung auf der anderen Seite eine Verminderung der Kapitalbindung, also unter Umständen die Notwendigkeit, mehr im Ausland zu borgen als sonst nötig gewesen wäre. Damit ist aber nicht gesagt, daß ohne Aufnahme von Krediten die Zahlungen selbst unmöglich würden. Sicher ist nur, daß dann der Druck, der auf unserer Volkswirtschaft infolge der Zahlungsverpflichtungen ruht, sich steigern würde. Bedeuten Auslandsanleihen positive Handelsbilanz, so bedeutet die Abschneidung vom Auslandskredit die Stillierung der Zahlungsbilanz in einer Volkswirtschaft, deren innere Kaufkraft durch die Entziehung von 2½ Milliarden auf dem Steuerwege um diese Summe vermindert worden ist. Aber die Erweiterung der Gesamtwirtschaft auf technisch höherer Stufenleiter und damit die Steigerung der Produktivität, wie sie infolge der Zuführung der ausländischen Kredite ermöglicht wird, würde verlangsamt. Die Aufbringung derselben 2½ Milliarden bedeutete deshalb ein viel größeres Opfer, einen größeren Teil des Sozialproduktes.

Zu glauben, wie es Herr Schacht tut, daß die Erleichterung der Aufnahme von Auslandsanleihen bereits Reparationszahlungen unmöglich machen würde, ist eine Illusion, die allerdings das deutsche Volk mit einer gewaltigen Hemmung der Konjunktur und vermehrter Arbeitslosigkeit teuer genug bezahlen muß.

Das Saargebiet kämpft weiter.

RBE will nicht weichen.

Wir haben kürzlich berichtet, daß die Deutsche Volkspartei des Saargebietes in Eingaben an den Reichsanwalt, den Reichstag und die Reichsbahndirektion die Abnahme größerer Kohlenmengen aus der Saar durch die Reichsbahngesellschaft verlangt hat. Die drohende Entlassung von 4000 Bergarbeitern auf den von den Franzosen bewirtschafteten Saargruben hat jetzt auch die Saargebietsschaften veranlaßt, die Reichsregierung um dringende Maßnahmen zur Erhöhung des Kohlenabgabes aus dem Saargebiet in deutschen Reichsgebiet zu eruchen. Der Großindustrielle Röschling hat sich in öffentlicher Versammlung scharf gegen die Ruhrindustrie gewendet mit der Bemerkung, der Niederrhein sei immer der Feind des Saargebietes gewesen und hat ebenfalls die elektrowirtschaftliche Selbstständigkeit des Saargebietes gefordert. Nach einem Vortrag des Genossen Braun von der „Saarbrücker Volkstimme“ hat weiterhin eine öffentliche Versammlung eine Entschliebung angenommen, die sich gegen die weitere Ausdehnung des RBE im Saargebiet wendet und die Aufmerksamkeit der Reichs- und preussischen Regierung auf die Gefahren lenkt, die dem Saargebiet vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk drohen.

Hennigsdorf.

Es geht aufwärts im Stahl- und Walzwerk.

Im Norden Berlins, in Hennigsdorf, liegt die Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf A.G., früher einmal im Besitz der UCB, jetzt in die Mitteldeutsche Stahlwerke A.G. eingebracht und von dieser mit mehr als der Hälfte des 8-Millionen-Kapitals beherrscht. Das Hennigsdorfer Werk hatte lange schlechte Zeiten; im Lokomotivbau gab es nichts zu tun, der Stahl- und Walzwerksindustrie ging es nicht besonders. Für das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr 1926/27 werden aber erhebliche Gewinne ausgewiesen, und zwar rund 768 600 Mark, nachdem im Jahre 1925/26 Gewinn und Verlust sich gerade ausgeglichen hatten und im Jahre 1924/25 noch ein Verlust von rund 760 000 Mark zu buchen war. Allerdings wird

auch jetzt keine Dividende verteilt, denn die Großaktionäre — UCB und Mitteldeutsche Stahlwerke — halten es für besser, den ganzen Reingewinn bis auf 8700 Mark auf die Anlagen abzuschreiben. Das ist kaufmännisch ganz vernünftig, erlaubt aber keineswegs die Behauptung, daß es mit dem Werk noch schlecht steht.

Gold aus Wasser.

Die Gewinne der Charlottenburger Wasserwerke.

Die Charlottenburger Wasser- und Industrie-werke A.G., ein mit 60 Millionen arbeitendes privatkapitalistisches Großunternehmen, das neben den städtischen Werken große Gebiete Berlins mit Wasser versorgt, verteilt für 1926/27 wiederum eine Dividende von 7 Prozent. Dabei ist zu beachten, daß der von 43 auf 45 Mill. Mark gestiegene Reingewinn im Laufe des Jahres bereits um 2,5 Millionen erleichtert worden ist, die zur Durchführung des Reubauprogramms den laufenden Einnahmen entnommen wurden.

Auch der im Geschäftsjahr 1925/26 aufgenommene Bankkredit von 2,8 Mill. Mark wurde im letzten Jahr aus den vorhandenen Bankguthaben getilgt. Obwohl der Betrieb durch einen 20prozentigen Zugang von Neuanstellungen bedeutend erweitert wurde, sind die gesamten Unkosten bei gesteigertem Betriebsgewinn auf 2,5 Mill. Mark, also um fast 9 Proz. gesunken.

Aber auch diese vermehrten Gewinne scheinen den sozialen Geist in der Verwaltung nicht gestärkt zu haben. Bereits auf der vorjährigen Generalversammlung war angeregt worden, für die 16tägige Belegschaft, unter der sich eine ganze Anzahl Angestellter mit mehr als 20jähriger Dienstzeit befindet, einen Pensionsfonds von 150 000 M. zu schaffen. Die Verwaltung, die schon im vergangenen Jahr dieser Frage ausgewichen war, läßt in dem jetzigen Geschäftsbericht darüber auch die kleinste Andeutung vermissen. Die alten Angestellten aber werden sich damit trösten, daß wenigstens dem hohen Aufsichtsrat mit seinen zwölf Mitgliedern die Lohntiere von 186 000 auf 200 000 M. heraufgesetzt wurde.

Ausländische Wohnungsbauanleihe.

Nicht für Gemeinden. — Nicht durch die Beratungsstelle.

Zu den nächsten Tagen soll endlich die durch die Diskussionen über die Beratungsstelle und die deutsche Auslandsoverschuldung lange Zeit aufs ernstlichste gefährdete Wohnungsbauanleihe der Deutschen Bau- und Bodenbank A.G. Berlin in New York aufgelegt werden. Die Deutsche Bau- und Bodenbank A.G. ist eine privatrechtliche Gesellschaft, deren Aktienkapital sich aber fast vollständig in Händen des Reiches, der Länder und einer Anzahl von Wohnungsfürsorgegesellschaften befindet. Die Anleihe lautet über 5,25 Millionen Dollar, läuft 20 Jahre und ist mit 6,5 Proz. zu verzinsen. Aus dem Erlös der Anleihe sollen bereits im Vorjahre fertiggestellte Wohnungsbauten endgültig finanziert werden. Die Verteilung des Erlöses an die Kreditnehmer erfolgt durch die Preussische Landesfondsbankanstalt, Berlin, die 12 Millionen Mark erhält, und die Deutsche Wohnstätten-Hypotheken A.G., Berlin, der 10 Millionen Mark zugeführt werden. Der Deutschen Bau- und Bodenbank A.G. werden als Sicherheit dafür entsprechende Beträge von Goldpfandbriefen von den beiden Hypothekenbanken überlassen. Es werden aus der Auslandsanleihe also keine neuen Wohnungen errichtet. Nur vorläufige kurzfristige Baukredite für bereits errichtete Wohnungen sollen durch Hypothekenträge ersetzt werden.

Besserer Arbeitsmarkt im Reich.

Die Arbeitsmarktlage im Reich Ende Januar kennzeichnet sich nach den einzelnen Berichten der Landesarbeitsämter durch einen teilweisen leichten Umschwung zur Besserung. Freilich bewegt sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit noch in engen Grenzen, da die Witterungsverhältnisse in den Außenberufen Uneinheitlichkeit verursachen.

Aufwertung von Lebensversicherungen. Die vom Reichsaufsichtsrat für Privatversicherung zum 1. Oktober 1927 angestellte Erhebung stellt fest, daß der Wert sämtlicher für die Aufwertung der Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen verfügbaren Aufwertungsfonds 815 Millionen Mark beträgt. Dieser Summe stehen Ansprüche im Goldmarkwert von 5,6 Milliarden gegenüber. Somit schwankt die für die einzelnen Gesellschaften in Frage kommende Aufwertungsquote zwischen 12 und 16,5 Proz.

Das kommende Feinblechkarstell. Die scharfen Gegensätze zwischen den führenden Feinblechwerken hatten trotz verschiedener Anläufe bisher das Zustandekommen eines Feinblechkarstells verhindert. So blieben von förmlichen Erzeugnissen der deutschen Hüttenindustrie nur Feinbleche als einziges Produkt nicht kartelliert. Neuerdings hat aber, vom Siegerland ausgehend, der Kartellgedanke an Boden gewonnen, so daß jetzt unter Beteiligung der stärksten Werke sogar ein Preisabkommen zustande kam. Dieser Vertrag, der den Mindestpreis je Tonne auf 165 M. festsetzt, hat zwar nur auf 14 Tage Geltung, wird jedoch auf der in den nächsten Tagen statt-

Ein großer Schlager

ist die neue 4-Pf.-Zigarette in Würfelpackung

ENVER BEY

TÜRKISCH



mit Goldmundstück und ohne Mundstück rund geworden. Sie bietet etwas ganz Besonderes in Qualität. Rauchen Sie diese und Sie werden sich überzeugen, daß hier für den Preis von 4 Pf. etwas geboten wird, was noch nie dagewesen ist.

Interessante Bilder über die Entwicklung der Flugtechnik liegen jeder Packung bei.

findender Sitzung wohl verlängert werden. Diefem ersten Schritt auf dem Wege zu einem Feindlichkeitsvertrag werden bald weitere folgen, da zwischen den Hauptproduzenten, den Vereinigten Stahlwerken, Hoehk, Otto Wolff und Wolf Reiter und Jacobi auch in anderen Fragen eine Einigung erzielt sein soll. Wie wir erfahren, ist der Auftragsbestand in den Feindlichkeitswerken zurzeit recht gut, so daß die meisten Betriebe bis Ende April voll beschäftigt sind.

Die Großgasversorgung Ostschlesens ist mit ihren 800 Kilometern Leitung heute sicher noch die ausgedehnteste, wenn auch bei weitem nicht die stärkste Ferngasunternehmung Deutschlands. Die in der Hauptsache in ländlichen Gebieten erfolgende Gasabgabe ist um 15 Proz. auf 8,12 Millionen Kubikmeter gestiegen. Zur Erhellung der Zittauer Landbezirke, wo auch viel Industrie sitzt, wurde gemeinsam mit der Stadt Zittau die „Gasversorgung Oberlausitz A.-G.“ gegründet mit einem Kapital von einer Million Mark. Auf das überwiegend in öffentlichen Händen befindliche Aktienkapital von fünf Millionen Mark werden 6 Proz. Dividende verteilt.

Neues Anwaschen der Kontur im Januar. Im Monat Dezember 1927 hatte das Statistische Reichsamt 610 Konturle und 187 Veredelungsverfahren gezählt. Gegenüber früheren Monaten bedeutete das schon eine erhebliche Vermehrung der eingetragenen Zahlungen. Für Januar 1928 mischt sich der „Reichsanzeiger“ — ohne die wegen Mangels an Stoff abgelehnten Anträge auf Kontureröffnung — 766 neue Konturle und 191 neue Veredelungsverfahren. Trotz der ununterbrochenen Erhöhung der Konturzahlen sind normale Siftern, wie sie die Vorkriegszeit kannte, auch heute noch nicht erreicht.

Sturm der Filmindustrie gegen die Kulturförderungssteuer. Wie jetzt bekannt wird, hat die Reichsregierung in Genf keinen Vorbehalt für die Filmbefreiung angemeldet. Die Wünsche der Filmindustrie sind also von der Reichsregierung abgelehnt worden. Die deutsche Filmindustrie hat daraufhin ihre alte Forderung, die Kulturförderungssteuer aufzuheben, mit verstärktem Nachdruck erhoben und auf die Parlamente und ihre Mitglieder einen Petitionssturm eröffnet.

Amerikanische Exporttarife. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika geben ihre alte Feindschaft gegen die Bildung von Kartellen mehr und mehr auf. Am Anfang land tut man zwar noch so, als ob die Antitrustgesetze noch in Geltung wären. Dafür ist man um so liberaler in der Zulassung von Preiskartellen für den Export. So wird gemeldet, daß seit dem Jahre 1918, wo durch das Webb-Pomerance-Gesetz die Möglichkeit dazu geschaffen wurde, nicht weniger als 35 verschiedene Vereinigungen von Exporteuren gegründet wurden. 1928 haben diese Exportkartelle bereits über 200 Millionen Dollar der amerikanischen Ausfuhr durch ihre Kartellpolitik erzielt und auch teilweise die Preise geregelt. In den letzten zwei Jahren sind die Umsätze der Exportverbände weiter um 40 Proz. gewachsen.

Der internationale Achtstundentag.

Fortschritte und Hemmnisse.

Genf, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Die 38. Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes wurde am Mittwoch nachmittag in Genf eröffnet. Bei den persönlichen Mitteilungen sprach der Präsident dem ausweichenden deutschen Regierungsvizepräsidenten Feig den Dank für sein vierjähriges Wirken im Rat aus und begrüßte dessen Nachfolger, Ministerialrat Weigert, vom Reichsarbeitsministerium.

Der Bericht des Direktors Albert Thomas war in bezug auf die Erfolge des Amtes optimistisch. Thomas wies darauf hin, daß bisher 255 Ratifikationen von Konventionen des Arbeitsamtes erfolgt seien. Als eine große Gefahr bezeichnet er aber die immer größer werdende Neigung der Staaten, das Inkrafttreten ihrer Ratifikation von der Unterzeichnung durch andere Länder abhängig zu machen.

Der Engländer Boulton schloß sich im Namen der Arbeitergruppe diesem Protest an und erhob gegen die Nichtratifizierung des Achtstundentagsabkommens durch England und Deutschland (scharfen Einspruch. Jouhaux unterstrich die Ausführungen Boultons.

Eine Einzelfrage prinzipiellen Charakters brachte der österreichische Arbeitervertreter Hueber vor. Er wies darauf hin, daß das österreichische Gesetz über die Nachtarbeit in Bäckereien weiter gehe als die betreffende internationale Konvention und bat deshalb um eine Stellungnahme des Internationalen Arbeitsamtes zu der Frage, ob auch Konventionen, die ein Landesgesetz verschleiern, zu ratifizieren seien. Die Beantwortung dieser Frage soll später erfolgen.

Die Revision der Übereinkommen.

Auf der Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes steht auch eine Frage mit zur Debatte, die von der Arbeiterchaft mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden muß. Es handelt sich um die Revision von internationalen Übereinkommen. Die Übereinkommen der Arbeitskonferenzen enthalten eine Bestimmung, wonach der Verwaltungsrat verpflichtet ist, mindestens einmal im Verlauf von zehn Jahren die Durchführung des Übereinkommens zu prüfen. Diese Bestimmung ist von den Arbeitgebern aufgegriffen worden. Sie wollen sie vor allem zu einem Vorstoß gegen den Achtstundentag benutzen. Schon auf der Berliner Konferenz des Verwaltungsrates ist die Frage der Revision der Überein-

kommen angeschnitten worden. Das Internationale Arbeitsamt ist zurzeit dabei, über das Problem eine Denkschrift auszuarbeiten.

Das ganze Problem ist überaus schwierig und kompliziert. Kollt man es auf, dann taucht sofort eine ganze Menge kniffliger juristischer Fragen auf. Wie sollen sich z. B. die Länder, die bereits ein Übereinkommen ratifiziert haben, zu einem revidierten Übereinkommen verhalten? Soll für diese Länder das revidierte Abkommen ohne weiteres gelten oder nicht? Werden mit der Revidierung zugleich alle Ratifizierungen eines Übereinkommens wieder hinfällig? Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Internationale Arbeitsamt eine Kommission von Juristen aus verschiedenen Ländern bilden, die die Revisionsfrage überprüfen muß.

Die ganze Frage ist für die Arbeiterchaft von ungeheurer Bedeutung; denn es liegt auf der Hand, daß die Arbeiterchaft an abgeschwächten verschleierten Übereinkommen kein Interesse hat.

Streik der ostoberschlesischen Metallarbeiter.

Für den Achtstundentag.

Kattowitz, 1. Februar.

Heute ist die gesamte Belegschaft der Bismarck- und Faldbütte in Stärke von über 3000 Mann in einen 24stündigen Proteststreik getreten, weil die Wiedereröffnung des Achtstundentages in den letzten Wochen trotz Zustimmung seitens des Arbeitsinspektors noch nicht vorgenommen worden ist. Daraufhin begab sich der Arbeitsinspektor sofort nach Warschau, um zu veranlassen, daß weitere Arbeiterkategorien in den Achtstundentag einbezogen werden. Die Lage der ostoberschlesischen Metallarbeiter hat sich durch diesen Zwischenfall wesentlich verschärft.

Konferenz der Genossenschaftsangehörigen.

Der Reichsverband der Genossenschaftsangehörigen im Zentralverband der Angestellten tagte am 30. Januar 1928 im Erholungsheim des IdK in Bad Finkenmühle in Thüringen. An der Tagung nahmen Vertreter aus den verschiedenen Gauen Deutschlands teil.

Die Konferenz wurde von dem Mitglied des Vorstandes Rogon mit herzlichem Begrüßungswort eröffnet. Den Bericht der Reichsgruppenleitung und über die Einzelfragen gab Böhner.

Die Konferenz nahm u. a. Stellung zu den Tarif- und Gehaltsbewegungen und den Entlohnungsmethoden der Genossenschaftsangehörigen, dem Schlichtungswesen, der Konföderation und dem Kontrollwesen in eingehenden Beratungen, in denen sich über alle Fragen volle Übereinstimmung ergab. Die Tätigkeit der Reichsgruppenleitung fand volle Anerkennung.

Königstr. 22-26 1. Stock

Leopold Gadiel

Spezialhaus für große Weiten

Außer diesen neuen Spezial-Angeboten alle Waren der „Weibchen Woche“ beispiellos billig!!

Modernes Frühjahrskleid aus prima schwellendem Crêpe Cadé in der neuen Jumperform. Der doppelt so große Kragen, die modernen, mit Brokat- und Seiden-Öffeln gemischte Wollstoffe geben dem Kleide eine der neuesten Mode entsprechende Note. Eines Eleganz durch die reichen Faltenpartien im Rock wesentlich erhöht wird in vielen modernen Farben. 25.-	Hochelegante Tanz- u. Abendkleider aus vorzüglichem Crêpe de Chine und Crêpe Georgette, in blendend schönen Formen, mit reicher Perlstickerei, in riesiger Auswahl. 19.-	Entzückende Mädchen-Kleider nur Frühjahrs-Neuheiten, in den erstklassigsten reinwollenen Stoffen, in den schönsten, modernsten und kleidsamsten Formen, in nur allerbesten Verarbeitung, in riesiger Auswahl, in den Größen 60 bis 110. zu staunend billigen Preisen!	Die allerschönsten Konfirmanden-Kleider in Seide und Samt, nur wirklich entzückende, kleidsame, moderne Formen, in durchweg guten Qualitäten und bester Ausführung mit langen und kurzen Ärmeln. 15.-
Eine neue große Serie der modernsten imprägnierten Regen-Mäntel in vorzüglicher reinwoll. Qualität, in den neuesten Sportformen, in herrlichen modernen neuen Dessins und auch in den allergrößten Weiten. 22.-		Pullover und Lumberjacks in hocheleganter Ausführung, in prima reiner Wolle, zum Teil mit Seide oder Kunstseide vermischt, in den neuesten u. mod. Must. u. Farben-Melangen in riesiger Auswahl. 10.-	
Blendend schöne Strickkleider prima reine Wolle, zum Teil mit Seide oder Kunstseide durchmischt, in allerneuesten und modernsten Dessins u. Farbmischungen von hervorragend wirkungsvollem Effekt, in ungeheurer Auswahl. 20.-			

Theater, Lichtspiele usw. Donnerstag, 2. 2. 28 Staats-Oper Am Pl. d. Republ. 7 1/2 Uhr Cavalleria rusticana - Balzani Donnerstag, 2. 2. 28 Südliche Oper Bismarckstr. 8. - 10. 11. 12. 1/2 Uhr Fidelity Stadt. Schauspielh. 48 Seidenmarkt 7 1/2 Uhr Der Kaufmann von Venedig Stadt. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr Ende gut alles gut	Großes Schauspielhaus Anfang 8 Uhr Ende 11 Uhr REGIE: CHAPPELL DOMPADOUR MASSARY Sonntag um 3 Uhr halbe Preise	Deutsches Theater Neue Fernsprecher-Nr. Norden 12310 (Sammelnummer) 8 1/2 U. Ende 11 Uhr Letzte Aufführung! „Peer Gynt“ Freitag, den 3. abds. 7 1/2 U. Zum 1. Male Robert Emmet Kammerspiele Neue Fernsprecher-Nr. Norden 12310 (Sammelnummer) 8 1/2 U. Ende nach 10 Finden Sie, daß Constanza sich richtig verhält? Die Komödie Bismarck 2414/7316 8 1/2 U. Ende 10 1/2 U. Marcel Fradelin Berliner Theater Direktor Kohnert, Charlottenburg 39 91. 8. 11. 171 8 1/2 U. Max Adalbert Der Herr von...	Thalia-Theater 8 U.: Das Kamel geht durch das Nadelohr Rose-Theater 8 1/2 U. Der Pfarrer von Hircald Sänger-Morgensprache Ebert-Manz-Quartett Sonntag, den 5. Februar 1928 vorm. 1/2 10 Uhr Eintritt frei! Restaurant im Gewerkschaftshaus Berlin SO 16 Engelufer 24 25 Oekonom WILLY SEIDLITZ	Piscatorbühne Theat. z. Hallenderplatz Kurfürst 2091/93 Täglich 8 Uhr: Die Abenteuer des braven Soldaten Schweik mit Max Pallenburg, Ernst, Erwin Piscator Theater des Westens Täglich 8 Uhr: Die Schwestern letzte Liebe Ader, Kürty, Albu, Wirt, Schutz Venus, die Schwester der Erde. Vorstellungen: 16 1/2, 18, 19 1/2, 21 Uhr Eintritt 1 M. Ende um 11.30 Uhr	Lustspielhaus 8 1/2 Uhr Guide Thielcher „Unter Geschäftsansicht“ Planetarium am Zoo (täglich, auch an Feiertagen) Noth. 1575 Venus, die Schwester der Erde. Vorstellungen: 16 1/2, 18, 19 1/2, 21 Uhr Eintritt 1 M. Ende um 11.30 Uhr	Residenz-Theater Heute 8 1/2 Uhr Karussell Morgen 8 Uhr: Premiere Frühling am Rhein Operette! 3 Akt, mit 1000 Personen, Franz Lehmann, Tilly Hauer, E. W. Plawo, Karl K. Hertz Punkthaus halbe Preise! Walthalla-Th. Weinbergweg 19/20 Eine Liebesnacht Operettenschwank Loay Pyrmont In der Hauptrolle Vorzeiger dieses sahlen für Parkett auch Sonntags statt 4.- Mk. nur 60 Pf. Sonntag, nach 4 Uhr Die Puppenrevue. Parkett v. 30 Pf. an.	Metropol-Th. Täglich 8 Uhr „Die schöne Helena“ Operette, Orlanbach, Leut. Lohndorfer, Kersch, Jasso, Emma, Kallus, Sonntag 1/2 4 Uhr Kleine Preise Gräfin Marizza Operette v. Kallm... Theater am Kottbuser Tor Kottbuser Straße 6. Täglich 8 Uhr Elite-Sänger Februar in großer Form! Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr: Große Familien-Vorstellung (ungekürzt). Volksp. 6, 40, 6, 75, 1.-, 1.25, 1.50, 1.75 Mk.
Volksbühne Theater am Nikolaipark 7 1/2 Uhr Peer Gynt Theater am Schiffbauerdamm 8 Uhr Schieber des Ruhms	8. Komische Oper 8 1/2 Neuartiges Revue-Stück Alles Nackt! (Nach d. gleichn. Paris. Revue „Tout nu“). 200 Mitwirkende Original-Pariser Kostüme Parkett 3.50 Mk. Theaterkasse ununterb. geöffnet.	Renaissance-Theater Steinplatz 901. 8.10 Uhr: Coeur Bube.	WINTERS GARTEN Das gr. neue Programm!	NEUE WELT Arnold Scholz Hasenheide 108-114 Großes Bockbierfest In den bayr. Alpen und Großes Schweine-schlachten 7 Kapellen. Neue Dekorationen 3 bayr. Madeln	Reichshallen-Theater 8 Uhr, Sonntag, nachm. 3 Uhr. Stettiner Sänger „Nichtes & ochenende“ nachm. h. a. b. o. Preise Überrück-Breit! Kabarett, Variété, Konzert, Tanz. Deutscher Metallarbeiter-Verband Achtung! Verwaltungsmittglieder! Freitag, 3. Februar, abends 7 Uhr Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung. Achtung! Kartoffelien-Belter Achtung! Freitag, 3. Februar, nachmittags 5 Uhr, in Posters Festdien, Beobacht. 17 Vollversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über unsere nachmaligen Verhandlungen mit den Arbeitgebern u. die Stellung. Da diese Versammlung inoffiziell ist, sind alle teilnehmenden Mitglieder verpflichtet, behilflich zu sein. Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.		
SCALA Nollendorf 736b. Albertina Rasch-Girls im Rahmen des großen Varieté-Programms! Circusbesucher holt Euch gratis die Broschüre über Blacaman an den Circuskassen	CIRKUS BAKSH 7 1/2 Uhr: Gr. hippolog. Progr. Zum Sch. bis 3. 2. „Weißes Gold“ mit Olden Diamond.	Kleines Theater Täglich 8 Uhr Erika Gläser u. Greichen Für Jugendliche nicht geeignet	CASINO-THEATER 8 Uhr: Die spanische Flöge. Ausschneiden: Gutschein 1-4 Pers. Parkett nur 1,50 Mk., Saal nur 1,50 Mk.	Stellenangebote finden in Verwirts. besta Beachtung.			

Armer Kittaage.

Von Erich Grisar.

Das Jahr war schon weit vor und Karl Dobbas hatte wenig Lust, daß er noch einen Bau finden würde, auf dem es Arbeit für ihn gab. So wählte er denn ohne besonderes Ziel durch die Gegend. Sprach da und dort, wo das helle Geratter der Riechhämmer ihm die Nähe einer Fabrik verriet, bei Kollegen vor und war zufrieden, wenn er wenigstens von einer neuen Baustelle erfuhr, auf der das Frage- und Antwortspiel von neuem beginnen konnte.

So kam er in die Gegend von Halle. Er machte einen großen Bogen um das Leunawerth, das wie eine Hölle stank, und kam in die Stadt. Befah sich den Roland am Markt. Und den roten Turm. Kam zum Soaleuser und sah, daß mennigrote Träger über den hellen Fluß sich spannten. Es war Mittwoch. Der Bau lag still. Nur die Festschmieden tauchten. Er fragte einen Riechhämmer, der auf einer Werkzeugkiste saß, wo er den Monteur finden könne. Der ist in die Stadt gegangen.

Und die anderen?
Sihen im goldenen Wirtshausen.
Der Goldene Wirtshausen war nicht weit. Schon schaukeltete sein verschlörtestes Kuschelgeschloß vor Karl Dobbas im Winde. Der Duft leckerer Erbsensuppe kroch bis auf die Straße. Ein niedriger Fluß. Eine Tür, hinter der raube Stimmen lärmten. Grad solche Stimmen, wie die Brückenbauer sie haben, die immer glauben, daß sie ein Duzend ratternder Riechhämmer und treischender Bohrwinden überziehen müssen. Und die keiner versteht, der nicht selbst vom Bau ist.

Karl Dobbas tritt ein. In der düsternen Wirtsstube sieht er sich um. Da wie ein Bierfaß host der Wirt hinter seinem Schanktisch und läßt seine Augen über die Tische gleiten, die mit essenden und schwätzenden Männern besetzt sind. Wo er ein leeres Bierglas sieht, wirft er einen Blick wie eine Frage hin und ehe noch ein Rufen ihm Antwort gibt, läßt er das schäumende Getränk aus dem Kransen sprudeln. Karl Dobbas sieht an ihm vorbei. Dann, als habe er gehindert, was er suchte, macht er drei schnelle Schritte quer durch den Raum und bleibt vor einem stehen, der an nichts als seine Erbsen denkt und fährt ihn mit hellem Halse an: Tag, Schorsch!

Dem bleibt vor Staunen der Köffel im Halse stecken, als er die bekannte Stimme hört. Und ehe er herausbringt: Ja, Mensch, Karl, wie kommst denn du hierher? ist ihm der Köffel in den Beinen gefallen, daß die Erbsen die und gelb über den Tisch spritzen. Dann mit beiden Händen ihn begrüßend, steht er auf, guckt den Eingetretenen von oben bis unten an und fragt: Aber nun sag bloß, Karl, was du hier in dieser Gegend willst. Ich denke, du bist hinten in Rotterdam und läßt dir's gut sein.

War ich, Schorsch. War ich. Aber jetzt bin ich hier. Und habe Kohldampf. Und wenn dein Monteur Arbeit für mich hat. Ich kann welche brauchen.

Kontrolliert frägt du Arbeit. Aber erst seh dich auf deine vier Buchstaben, ich elnen Teller Erbsen mit und schüt' dir einen Schuß Bier in den Hals. Und nachher gehst du mit zum Monteur. Haben grad' wieder welche den Sod gehauen. Weißt du, so Rutterlöhn von hier aus der Gegend. Die reinen Mählwürmer, die kein zöliges Nitz von einem Dreiviertelstern unterscheiden können. Die haben ja nichts ab. Ist ja auch kein Rinderpiel, die Wolcke hier. Aber dafür sind wir schließlich Brückenbauer, daß wir, wenn's sein muß, zum Teufel in die Hölle gehen und ihm den Rest blank tragen. Genug davon. Erzähl' erst mal, wie du hierher kommst. Ich denke, ihr habt noch eine Ewigkeit in Holland zu tun und nun läufl' du Spechfänger schon wieder auf der Landstraße herum. Und was macht Kittaage? Du bist doch damals zusammen mit ihm fort.

Den haben die Schellfische gefressen. Oder die Heringe. Bist verrückt, sagte Schorsch und nahm die Krüge vom Kopfe, die er während des Essens aufbehalten.

Er ist abgestürzt, erzählte Karl Dobbas weiter. Direkt vor meinen Augen. Mann, Schorsch, ich mein', ich hab' zuviel getriegt, wie ich das hab' sehen müssen und hab' ihm nicht helfen können.

Kittaage abgestürzt? Das ist schwer zu glauben. Er kletterte doch wie ein Affe.

Früher, als er sein Auge noch hatte. Aber sei ihm damals der Däpper ins Auge gesplittert ist, war das anders. Da gab's schon mal Augenbude, wo Kittaage auch nicht auf der Höhe war. Er hat sich das nicht immer so merken lassen, aber wenn wir allein waren, sprach er wohl davon. Mensch, Karl, sag' er mal zu mir, manchmal da ist es mir, als ob ich reinweg blind wär. Nur so einen Augenblick, weißt du, so als ob dir einer mit einem Handluchtippen ins Auge kommt oder der Wind weht dir Dred hinein.

Ich habe das leicht genommen. Weißt du, solange du zwei Augen hast, kommst du dir nicht vorstellen, wie das ist, wenn du dich mit einem behelfen mußt und das vermagst. Da brauchst du nur mal einen Krampf im Sehner zu kriegen und du bist blind wie eine neugeborene Kage.

Und du meinst, so wäre das mit Kittaage gekommen?
Genau ja.

Aber nun sag' mir bloß, warum bist du nicht auf der Baustelle geblieben? Ich wär' damals gern mit euch nach Holland gegangen. Lieber als daß ich mich hier herumdrücke. Und gut verdient hast du doch auch da unten?

Was das Verdienen angeht, kannst du es so leicht nicht besser fragen. Aber weißt du, wie das mit Kittaage passiert war, hab' ich's nicht mehr ausgehalten da unten.

Das verstehe ich nicht.

Ich verstehe es manchmal selber nicht. Aber ich kann mir nicht helfen. Wir waren doch schon im fünften Monat in Rotterdam. Der erste Bogen stand. Für den zweiten bauten die Zimmerleute schon das Gerüst. Er sollte noch vor dem Winter fertig werden. Kittaage und ich waren dabei, die Buchelplatten aufzulegen. Eine nach der anderen schleppten wir über die Bahrbahn und packten sie ein. Nun müßt du wissen, daß wir weiter kein Gerüst mehr unter der Bahrbahn hatten. Die Zimmerleute hatten uns das Holz unterm Hintern weggeholt und es für das neue Gerüst verbraucht. Wie ich zum Alten sage, wie leicht da mal was passieren könnte, sagte er mir: Jungens, haltet euch zügange. Wenn ihr bis Sonntag fertig seid, schreibe ich jedem zehn Stunden extra an. Na, du weißt ja selbst, was du nicht alles für ein paar Stunden nützt. Die du bezahlt kriegst, ohne daß du dich schinden mußt dafür. Na, und wenn er uns nichts versprochen hätte, hätte hätten wir so nicht brauchen können bei unserer Arbeit.

Als der Alte fort ist, sage ich zu Kittaage: Mensch, sage ich, wenn der Monteur Wort hält, gehen wir Sonntag wieder in die

Stadt und haben uns ordentlich einen. Und Reises müssen an unseren Tisch. Zwei Stück für jeder. Wir wollen doch wissen, wofür wir leben.

Also, dem wollen wir mal wieder, sagt Kittaage nur und packt sich die Platte, die wir uns schon zurechtgelegt hatten. Ich schnappe mir das andere Ende, ein Rad und wir hatten die Platte auf dem Ast und jotteten los.

Es war Freitag. Von den Werften tut's, und die Boote mit den Arbeitern flüchten über die Waas. Wir wollen Schluss machen, sagte ich. Diese eine Platte noch, sagt Kittaage und hat sie schon in der Hand. Du weißt ja, wie er war. Sonntags voll und bei der Arbeit toll. Ich sagte nichts, sondern schnappe mir mein Ende und tappe langsam hinter ihn her. Wie wir auf Brückenmitte sind, keine zehn Meter von der Stelle, wo unsere Platte hin sollte, spüre ich plötzlich einen Ruck, der die Platte nach unten reißt. Da lauft sie mir auch schon von der Schulter, ohne daß ich sie halten kann. Ich wollte fortpringen, da höre ich Kittaage schreien, und ehe ich mir begriffen hatte, daß es hier nicht um meine Schlenbeine, sondern um Kittaages Beben ging, sah ich ihn schon unter mir im Wasser verschwinden.

Ich schrie so laut ich konnte um Hilfe und rannte von der Brücke. Der Monteur hatte schon gesehen, was los war und den Besserschay alarmiert. Zwei Tage haben sie mit drei Booten nach ihm gesucht und alles abgefißt, aber von Kittaage hat keiner mehr einen Finger gesehen. Die Waas fließt schnell bei Rotterdam. Und das Wasser ist tief da unten. Vielleicht haben die Schiffe ihn in die See verschleppt.

Der Monteur suchte wie toll. Er jammerte über Kittaage, aber er meinte die Protokolle. Er schrie die Leute an, sie sollten besser aufpassen, aber ich wußte, daß die fehlenden Gerüste ihn quälten. Doch als erst alles aufgeschrieben und berichtet war, war er ruhiger. Der Fall war erledigt. Du weißt ja, wie das in der Fremde geht. Wer kümmerst sich da darum, wenn einer über Bord geht.

Ich aber hatte keine Ruhe. So lange die Rettungsboote noch draußen lagen und ich hoffen konnte, daß sie ihn wenigstens finden würden, hielt ich mich aufrecht. Dann aber brachte schon der Wind, der in den Streben heulte, mich zum Verzweifeln. Ich sah auf einen Träger oder trock ich im Windberand herum, hörte ich Kittaage schreien. Fiel mir eine Schraube ins Wasser und ich sah ihr nach, was es der untergehende Kittaage, um den herum die Wellenringe sich bildeten. Ich kam nicht los davon. Jede Welle zog meinen Blick hinter sich her, bis die ganze Brücke fortgesetzt mit mir in die weite See, die sich öffnete und mir auf ihrem Grund Kittaage zeigte, der sein Glasauge ausstreckte und es auf mich gerichtet hielt wie in jenem Augenblick, da ich ihn stürzen sah.

Daß ich damals nicht gleich hinabgefallen war, um ihn rauszuholen aus dem Wasser, das quälte mich jetzt. Nicht, daß ich mich

schuldig fühlte an seinem Ende. Wenn ich vernünftig war, überlegte ich mir genau, was ich getan und daß ich nichts anderes hätte tun können, um ihm zu helfen, als ich getan. Aber wir hatten was zu gut gekannt, als daß das ein Trost gewesen wäre. Auf zwanzig großen Norwegen waren wir zusammen gekommen, wir hatten Belgien und Spanien gelehrt und die schöne Schweiz, wie es in unserem Bilde heißt, und nun riß das Schicksal uns auseinander. Das war es, was so schwer mich traf: Daß ich kein Ende sah und an meines denken mußte. Und weiß ich nicht kostbar von diesem Spinn, genug ich zum Monteur und jagte ihm, daß ich weg wollte.

Nach' keinen Quatsch, sagte der zu mir.
Monteur, sag' ich nochmal, gib mir meine Papiere oder du mußt mich bald suchen lassen wie Kittaage.

Karl, du spinnst, sagt er und gibt mir einen Gulten. Da, lauf' dir einen an und komm' wieder, wenn du nächstem bist. Aber Jahrgeld kriegst du nicht. Ist schon schlimm genug, daß Kittaage durch die Waas ist.

Also gut, sage ich, wenn ich kein Jahrgeld kriega, geh' ich zu Fuß. Nach' meine Fleppen fertig.

Na, dann geh' zum Teufel, sagt der Alte. Aber das sage ich dir: Auf meiner Baustelle brauchst du deiner Lebstage nicht mehr um Arbeit fragen. Du Spökenkrieger.

Er gab mir meinen Lohn, aber mit den Extrastunden war's aus. Ich ging nach Amsterdam, trieb mich acht Tage mit Chinesen und Negern, Matrosen und Weibern in den Rneipen rum und legte mein Geld in Genetev an, bis ich blank war. Ja, und dann habe ich mich so durchgeschlagen.

Berdammst noch mal, sagte Schorsch. Der arme Kittaage. Aber so geh's uns allen noch mal. Den einen trifft's auf der Landstraße und der andere fährt mit dem Rapp nach unten vom Gerüst ab. Herr Wirt, bringen Sie noch zwei Große für uns. Ich habe so'n traurigen Geschmack in Hals.

Und du meinst, daß dein Monteur Arbeit für mich hat? jagte Karl Dobbas und wachte sich das Maul ab.

Die hat er. Komm, trink' aus. Wir wollen gleich zu ihm gehen.

2796 lebende Sprachen. Weißt man, wieviel Sprachen zurzeit auf dem Erdenrund gesprochen werden? Die Statistik liefert zu dieser Frage Zahlen, die nach den geographischen und ethnographischen Remittissen der Statistiker schwanken und vor allem von der Bedeutung abhängen, die man bei der allgemeinen Einordnung der einzelnen Völkern beilegt. Nach den Berechnungen, die als zuverlässig gelten dürfen, gibt es augenblicklich 2796 lebende Sprachen, die diese Bezeichnung verdienen. Die 860 hauptsächlichsten Sprachen verteilen sich folgendermaßen: Europa 45, Asien 183, Afrika 118, Nord- und Südamerika zusammen 424, Ozeanien 117. Es bedarf keines besonderen Beweises, daß die Linguistik noch große Aufgaben zu lösen hat.

Nachtschwärmer.

Von Dr. B. Wächter.

Am Tage schlafen sie; erst die Dämmerung der hereinbrechenden Nacht weckt sie auf, und dann flattern sie von Blume zu Blume, deren heraufschender Duft sie anzuziehen scheint. Haben sie genug des süßen Honigs geschlürft, fangen die Vögel an zu zwitschern und erhebt sich die Sonne mit ihrem blendenden Licht über den Horizont, dann werden sie müde und verkriechen sich, um zu schlafen.

Hier ist natürlich nicht von menschlichen Nachtschwärmern unserer Großstädte die Rede, sondern von deren Vorbildern, den Nachtschmetterlingen, deren geheimnisvolles Leben von jeher einen ganz besonderen Reiz für alle diejenigen gehabt hat, die den leuchtenden Rund der prallen Sonne mit ihrer erdarmungslosen Wahrheitsliebe vorziehen, also für Räuber, für Liebespaare, sentimentale Poeten und Wirtshauskoder.

Seitdem Konrad Sprengel, der lange vorannde und später so berühmte Naturforscher, die Befruchtung der Blumen durch Insekten entdeckte; seitdem durch ihn ein neuer Zweig der botanischen Wissenschaft, die Blütenbiologie, begründet wurde, haben sich Botaniker und Zoologen unausgesetzt mit der „Anpassung“ des Körperbaues der Insekten an die Gestalt der Blumen beschäftigt, und wir wissen jetzt so ziemlich sicher, welche Insekten die verschiedenen Blumen besuchen, ihnen den Nektar rauben und dabei den Blütenstaub auf die Narben der Blüten bringen und so den Begattungsakt bei den Pflanzen vollziehen.

Große Schwierigkeit bereitet die Forschung die Lösung der Frage, ob die Insekten durch die Farbe oder den Duft der Blüten angelockt werden. Man ist selbstverständlich immer geneigt, bei der Beurteilung tierischer physiologischer Prozesse menschliche Verhältnisse zugrunde zu legen. So arbeiten die Pharmakologen, wenn sie die Wirkung eines neuen Arzneimittels studieren wollen, zunächst mit Tieren, wie allgemein bekannt ist. Das „Versuchstierchen“ ist so populär geworden, daß viele Leute gar nicht mehr daran denken, wo es seine Volkstümlichkeit eigentlich her hat. Die Gegner der „Bisektion“ haben nicht vermoht, den Tierversuch aus der Wertstalt des wissenschaftlichen Mediziners zu verbannen, weil sich gezeigt hat, wie gerechtfertigt es oft ist, vom Tier auf den Menschen zu schließen, soweit es sich um rein physiologische Vorgänge handelt. Auch in bezug auf das Seelenleben bestehen fruchtlose weitgehende Uebereinstimmungen zwischen höheren Tieren und dem Menschen, und wenn man auch an den klugen Hans, das Rubilmurzelnde Pferd, nicht gerade glaubt, so läßt sich doch nicht daran zweifeln, daß so intelligente Tiere, wie Pferd und Hund, sehr vieles mit dem Menschen gemein haben, woraus sich ihre gegenseitige Jeneigung und Freundschaft erklärt.

Je weiter wir aber in der Detreihe hinuntergehen, um so vorsichtiger müssen wir mit Analogieschlüssen sein. Man weiß jetzt z. B., daß das Bienensauge farbenempfindlich ist, aber in ganz anderer Weise als das menschliche. So können die Bienen das ultraviolette Licht „sehen“, das sich uns nur durch seine Strahlenwirkung bemerkbar macht. Es lag also die Frage nahe, ob die Nachtschwärmer in der Dunkelheit durch die Farbe der Blüten oder durch deren Duft angesogen werden. Man nahm daher an, daß wohl beides der Fall sein müße, denn wir kennen eine Anzahl von stark duftenden Pflanzen, die von Nachtschmetterlingen besucht werden, wie das Geißblatt oder „De länger, je lieber“. Andererseits wissen wir, daß die Nachtschmetterlinge weiße oder helle Blüten besuchen,

die auch dem menschlichen Auge im Dunkeln leichter sichtbar sind als rote oder blaue, die uns in der Nacht grau erscheinen und sich kaum von dem Blauwert abheben. Beobachtungen im Freien sind eben wegen der Dunkelheit schwer anzustellen, und so fehlte bisher der Nachweis, wieviel Farbe oder Duft hier wirksam sind. Jetzt veröffentlicht im letzten Heft der Berichte der deutschen botanischen Gesellschaft Professor Knoll höchst lehrreiche Versuche, die von allgemeinem Interesse sind. Unter anderem arbeitete Knoll mit dem Weibenschwärmer. In einem eigens konstruierten Dunkelzelt, das von außen mit einer ganz schwachen elektrischen Birne beleuchtet werden konnte, wurden Blüten einer weißblühenden Tabakpflanze aufgestellt, die er bis zur Hälfte mit Zuckersirup anfüllte. Als er sah, daß der Schmetterling die Blüten aufsuchte, stellte er zu den freistehenden Blumen eine zwischen zwei Glasplatten eingeschlossene Blume. Nun zeigte sich, daß der Schwärmer auch an diese Blüte heranzukommen suchte und zwar stürzte er sich direkt mitten auf die Glasplatte, was an den sogenannten Rüsselspuren, die von dem mit Zuckersirup befeuchteten Rüssel herrührten, zu sehen war. Aus diesen Rüsselspuren ließ sich mit Sicherheit schließen, daß es schließlich die Farbe war, die das Tier anzog. Wäre hier der Duft ausschlaggebend gewesen, so hätten sich auch Rüsselspuren an den Ranten der Glasplatte finden müssen, denn nur dort hätte der Schmetterling die Blüten riechen können. — Durch diesen Versuch ist natürlich nicht bewiesen, daß der Duft überhaupt keine Rolle spielt, aber man sieht, daß die Farbe auch zur Anlockung genügt. Das wird noch weiter durch einen sehr hübschen und anschaulichen Versuch gezeigt. Es gibt eine Tabakpflanze, deren Blüten alle Uebergänge von Weiß bis zu kräftigem Purpur zeigen. Knoll gewöhnte nun die Schmetterlinge durch Verwendung der Blüten mit den Uebergangsfarben allmählich an die purpurn gefärbten. Als das geschehen war, wurde zwischen die Glasplatten ein Stern aus blauvioletttem Papier geschoben, und nun konnte wieder durch die Rüsselspuren gezeigt werden, daß der Vögel auch versucht hatte, in die „Papierblume“ einzudringen, die natürlich nicht duftete. — Dieser Versuch bestätigt also einmal den ersten mit den weichen Blüten angestellten, zeigt aber außerdem, daß der Schmetterling im Dunkeln die Unweil nicht grau in grau sieht, wenn sie violett ist, sondern daß er wirklich farbig sieht, wo wie nichts mehr sehen. Aber noch etwas anderes lehrt dieser Versuch. Die Tiere halten sich an die violette Farbe so gewöhnt, daß sie die weißen Blüten, die man daneben stellte, nicht mehr sahen. Sie konnten aber jederzeit allmählich wieder an das Weiß gewöhnt werden, wenn man die Blüten mit den Uebergangsfarben nacheinander rückwärts einschaltete.

Dieses „Sich-an-die-Farben-gewöhnen“ kennen wir auch beim Menschen. Der Philosoph Arthur Schopenhauer hat als erster darauf hingewiesen, daß das farbige Sehen ein sehr verwickelter Vorgang ist, der nicht lediglich physikalisch, sondern auch physiologisch erklärt werden muß. Später hat der berühmte Physiker Helmholtz die gleiche Ansicht ausgesprochen. Nur dadurch wird es begreiflich, daß wir seit Entdeckung der sogenannten Freilichtmethode die Farben in der Natur ganz anders sehen als die Menschen vor vierzig Jahren. Die Freilichtmethode übertriefen natürlich anfangs, aber ohne es zu wollen, lernten auch die rhen Wäser, die Feinde der damaligen Geseftskritiken, mit „anderen“ Augen sehen, obwohl ihre Augen als „physikalischer Apparat“ dieselben geblieben waren.

